

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Der Kandidat der Ausbeuter

Ein Aufruf des Hindenburg-Ausschusses / Leipart hat unterschrieben, will aber im Hintergrund bleiben / Notwendigkeit einer proletarischen Sammelkandidatur

Hinter den „eisernen“ Kulissen

Unter den heute von Sahms Hindenburg-Ausschuß bekanntgegebenen Namen, die für die Wiederwahl des alten Reichspräsidenten eintreten, befindet sich der des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, nicht. Die „SAZ“ hatte — wie sich versteht, nach gewissenhaften Rückfragen — den Namen Leiparts unter den Unterzeichnern des Aufrufs für Hindenburg genannt. Die Redaktion hat von zwei an der Unterschriftensammlung beteiligten Stellen die Tatsache der Unterzeichnung des Aufrufs durch Leipart bestätigt erhalten und vom persönlichen Sekretariat des ADGB-Vorsitzenden auf die offizielle und formelle Anfrage, und nachdem Leipart von der Anfrage unterrichtet worden war, kein „Nein“ zur Antwort erhalten.

Danach müssen wir an der Richtigkeit unserer Nachricht festhalten: Leipart hat, ebenso wie der sozialdemokratische Bürgermeister Lange von Berlin den Aufruf unterzeichnet.

Eine Erklärung dafür, daß nunmehr beider Namen — ebenso übrigens des Reichsbannerführers Höltmann — in dem Verzeichnis Oberbürgermeisters Sahm fehlen, gibt wohl die Mitteilung des Wahlmachers, daß einige Persönlichkeiten, die an sich ihre Unterschrift zur Verfügung gestellt hätten,

„aus politischen oder organisatorischen Gründen“ zunächst im Hintergrund zu bleiben wünschten“.

Wir haben auf jene „Rücksichten“ keine Rücksicht zu nehmen. Die Arbeiterschaft will wissen, wie der Führer der Gewerkschaften sich glaubte entscheiden zu müssen.

Wir halten unsere Nachricht aufrecht. Leipart kann sie nur durch ein Mittel erschüttern.

Nachdem festgestellt ist, daß auch an Leipart die Einladung Sahms zur Unterschrift für Hindenburg ergangen ist, muß der Vorsitzende des ADGB dafür sorgen, daß sein Ablehnungsschreiben an Sahm im Wortlaut veröffentlicht werde.

Solange das nicht geschieht — und es kann nicht geschehen, weil ein solches Schreiben nicht existiert! — wollen wir uns durch kein noch so sehr mit Worten spielendes Dementi abblenden lassen von der Feststellung: Leipart hat den Wahlauftrag für Hindenburg unterschrieben!

Militaristisches Manifest

Der Hindenburg-Ausschuß hat einen Aufruf erlassen, in dem das deutsche Volk pathetisch aufgefordert wird, „ein Volk“ zu sein, und erklärt wird, daß für die Reichspräsidentenschaft überhaupt nur ein Mann in Frage komme, Hindenburg. Man denkt sich die Sache so, daß man abwarten will, bis die nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten erforderlichen 20 000 Unterschriften, die von den Zeitungen gesammelt werden sollen, zusammen sind. Diese Listen sollen dann an das Reichsinnenministerium gehen, das den Wahlleiter bestimmt, und von dort soll dann Hindenburg gefragt werden, ob er die Kandidatur annimmt.

Aus dem Aufruf des Hindenburg-Ausschusses zur Wahl Hindenburgs ist in diesem Zusammenhang ein Satz von besonderer Bedeutung. Er lautet:

„Hindenburg: Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die le-

bendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug.“

Hindenburg wird also hier ausdrücklich als das Symbol des Krieges bezeichnet, und zwar von denen, die seine Wahl empfehlen! Das sollte zu denken geben!

Im übrigen ist diese Empfehlung Hindenburgs ein wenig seltsam. An dem Sieg von Tannenberg ist er so unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Die Truppen führte nicht er sondern Ludendorff; und der Schlachtplan, mit dem der Sieg erfochten wurde, stammte weder von ihm noch von Ludendorff, sondern von dem General Hoffmann. Und wenn man Hindenburgs Namen nennt im Zusammenhang damit, daß die deutschen Waffen „siegreich in ferne Länder getragen“ wurden, dann muß man schließlich den Namen Hindenburg nennen im Zusammenhang damit, daß die deutschen Waffen schließlich in die vernichtendste Niederlage der Weltgeschichte hineinstrategiert wurden.

Es ist der Welt so Brauch, einem Feldherrn das Verdienst von Siegen anzuhängen, um die andere als er ihr Blut und ihr Leben lassen mußten; man wird der deutschen Bourgeoisie keinen besonderen Vorwurf machen können, wenn sie diesen Brauch weiterführt. Aber es ist auch außerhalb Deutschlands Brauch, einen geschlagenen Feldherrn für die Niederlage verantwortlich zu machen. Und so weit Hindenburg Feldherr war, ist er vom Feind geschlagen worden.

Nicht minder interessant ist dieser andere Satz aus dem Aufruf des Hindenburgausschusses:

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Der Ausschuß also proklamiert hier Hindenburg ausdrücklich als die Verkörperung der Kaiserzeit. Auch das sollte zu denken geben.

Als was also wird Hindenburg dem deutschen Volke zur Wahl empfohlen? Als der Kandidat der Industrie, als der Kandidat der Kräfte, als die Erinnerung an den Krieg und die gewaltsame Unterdrückung fremder Völker, als die Erinnerung an das Kaiserreich. Mit einem Wort: Er wird gemacht zum Kandidaten der Ausbeuter.

Dem müssen gegenüberstellen die Proleten aller Parteien, Gruppen und Schattierungen einen einzigen Gegenkandidaten, ihren Kandidaten,

den Kandidaten des Proletariats:

Industrie ist begeistert

Dresden, 1. Februar

Hier ist ein Ausschuß zur Vorbereitung der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg in Bildung, der ebenso wie in den anderen Ländern parteipolitisch nicht festgelegte führende Persönlichkeiten in sich vereinigen soll. Wie verlautet, wollen sich besonders zahlreich namhafte hiesige Industrielle für diesen Ausschuß zur Verfügung stellen.

Berlin, 1. Februar

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Montag eine mehrstündige Sitzung ab. Die Fraktion bekannte sich einmütig zur Kandidatur Hindenburg und brachte zum Ausdruck, daß eine andere Kandidatur für die Wirtschaftspartei nicht in Frage kommt.

Proleten fordern:

Nicht „eiserner“, sondern proletarische Einheitsfront!

In einer gut besuchten Generalversammlung beschäftigten sich die Mitglieder der FKMK mit der politischen Lage. Sie nahmen nach einem Referat des Genossen Janacek zu den Beschlüssen des Bundesvorstandes Stellung. Nach lebhafter und sachlicher Diskussion nahm die Versammlung folgende Entschliebung an:

„Die am Samstag, 30. Januar 1932, in Mainz-Kastel tagende gut besuchte Generalversammlung des Vereins „Freie Kanufahrer Mainz-Kastel 1925“ bedauert auf das lebhafteste die einseitige Stellungnahme des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zur SPD. Die Mitgliedschaft der FKMK vertritt den Grundsatz, daß die Arbeitersportbewegung parteipolitisch neutral sein muß. Sie lehnt daher jede einseitige Stellungnahme zu einer Partei grundsätzlich ab und verlangt von den Bundesinstanzen Innehaltung der Neutralität gegenüber allen in der Arbeitersportbewegung vertretenen politischen Richtungen.

Auch die einseitige Festlegung des Bundesvorstandes zur „Eisernen Front“ findet nicht den Beifall der Versammlung. Die Parolen der „Eisernen Front“ lassen nämlich keinen Zweifel mehr darüber, daß es sich hier um eine Organisation handelt, die auch gegen die revolutionäre sozialistische Arbeiterschaft stehen wird. Vielmehr sehen die Mitglieder in der Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte des Proletariats die Möglichkeit der Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Die Versammlung der FKMK erwartet daher, daß die Bundesinstanzen alles unterlassen, was dieser Entwicklung hemmend entgegensteht.“

Wieder ein neuer Beweis dafür, wie „begeistert“ die Arbeitersportler für die eiserne Front sind.

Abrüstungskonferenz eröffnet

Genf, 2. Februar.

Die Allgemeine Abrüstungskonferenz ist heute nachmittag 4 Uhr 30 mit der durch die dringlich einberufene Ratssitzung verursachten einstündigen Verspätung im hiesigen Volksabstimmungsgebäude von ihrem Präsidenten Arthur Henderson eröffnet worden. Schon gegen 4 Uhr begann unter starkem Interesse der Genfer Bevölkerung und der zahlreichen hier eingetroffenen Fremden die Auffahrt der Delegierten; die Plätze der Delegationen und die geräumigen Tribünen für Presse und Publikum, die während der Völkerbundversammlung, die in demselben Gebäude tagt, meistens nur spärlich besetzt sind, füllten sich rasch.

(Henderson-Rede Seite 2)

Schlummerlieder unter Kanonen

† Berlin, 2. Februar.

In China donnern Kanonen, werden Bomben aus Flugzeugen auf hilfloses „Chinesenpack“ geschleudert, ganze Stadtteile in Brand gesteckt — und mit der den Asiaten angeblich eigenen Höflichkeit erklärt der Angreifer, das imperialistische Japan, daß das natürlich kein Krieg ist, sondern ganz was anderes. Die Lücke im Sprachlexikon mögen die zünftigen Diplomaten ausfüllen, Japan treibt weiter Politik mit militärischen Mitteln und überläßt es dem Völkerbund, die juristische Formel zu finden, die es ihm erlaubt, weiterhin seinen Wahlanspruch zu betätigen: Ruhe sanft! Die Fetzen von Verträgen, wie immer sie sich nennen, ob Kellogg-Pakt oder Neunmächtevertrag, wirbeln im Sturmwind von Osten her. Die „moralische“ Achtung des Krieges hat wenigstens den Erfolg gehabt, daß das Abschlagen von Menschen „moralisch“ bleibt, wenn nur kein Krieg erklärt wird. Und den zu erklären, scheut sich die chinesische Regierung, weil sie dann ja „im Unrecht“ wäre, sich selbst als das Karnickel präsentierte, das angefangen hat. Und so kann das Morden ruhig weiter gehen, solange US-Amerika nicht fürchtet, bei dem Geschäft — es ist ja nichts anderes — nicht zu kurz zu kommen.

Freilich hat es seine Schlachtflotte schon in Bewegung gesetzt, sie manövriert — „wie vorgesehen“ — im Pazifik, und drohend recken sich vor Schanghai die Münder seiner Schiffskanonen als stumme Mahnung an die Japaner, daß sie an dem chinesischen Knochen nicht allein knabbern dürfen. Vielleicht — wer kann es genau wissen? — werden, durch ihre „Erfolge“ berauscht, die „Preußen des Ostens“ gar zu übermütig und es kommt auch von seiten der Dollarkönige zu einer „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, die schließlich doch trotz aller Fiktionen nichts anderes wäre als ein „wirklicher“ Krieg, dessen Ausdehnung dann ebensowenig (oder ebensogut) abzusehen wäre, wie das 1914 abzusehen war.

Inzwischen reiben sich die Aktionäre der „blutigen Internationale“ die Hände. Ihre Konjunktur läßt sich gut an. Krieg heißt noch immer: Profit, auch wenn der Krieg „eigentlich“ gar kein Krieg ist. Der Brand im Osten — aus dem Osten das Licht! — läßt sie mit heiterer Gelassenheit nach Genf blicken, wo heute die sogenannte Abrüstungskonferenz beginnt. Sie kann unter den gegebenen Umständen ihrem Geschäft sehr vorteilhaft sein. Daß eine wirkliche Abrüstung nicht herauskommt, das war ihnen wie aller Welt längst klar. Alle Voraussetzungen dafür fehlten und fehlen. Werden solange fehlen, wie es noch kapitalistisch-imperialistische Staaten gibt, die wie hungrige Hunde sich gegenseitig belauern, gleichmäßig nach Beute lüstern. Und die fürchterliche Wirtschaftskrise, mit dem drohenden Gespenst der sozialen Revolution hinter sich, ist nicht gerade geeignet, ihren Appetit einzuschläfern. — Wenn hinwiederum auch dies Gespenst hemmend wirkt, denn ein Krieg könnte gerade die Revolution fördern. Denn ein neuer Krieg, so meint der Leiter und Leitartikler des „Journal de Genève“, Herr William Martin, könnte vielleicht der letzte sein, „nicht durch den Triumph des Friedens, sondern durch den Triumph der Revolution“. Trotzdem, trotz solcher Erkenntnisse und Furcht wird in Genf schwerlich

etwas anderes herauskommen als eine diplomatische Katzbalgerei, als ein Spiel: Wer betrügt wen? Die einzige Möglichkeit und Voraussetzung für eine wirkliche Abklärung, die Garantie für jeden, daß ihm kein böser Nachbar an die Gurgel fährt, also eine überstaatliche, unparteiische Rechtsordnung, die Mißbrauch durch den Stärkeren ausschließt, sie hat wiederum Voraussetzungen, die heute, in der kapitalistisch-imperialistischen Welt kaum im Keim gegeben sind. In Schanghai wird die Begleitmusik zu den Genfer Friedensschalmeien gespielt! Gute Zeiten für Kriegsgewinnler.

Und also wird alles beim Alten bleiben? Doch wohl nicht ganz! Es ist sogar wahrscheinlich, daß sich die Spannungen verschärfen. Den neuesten deutschen Weltkriegsstrategen, die die alten sind, ist durch den Brand im Osten Heil widerfahren. Sie sind schon wieder ganz oben auf. „Die gehäuschte und belogene Welt kehrt zu den politischen Einsichten zurück, die das Leben der Völker seit Urzeiten bestimmt haben und auch in Zukunft bestimmen werden.“ Nämlich: daß der Krieg das Mittel der Politik bleibt. So die „gemäßigt nationale“ Deutsche Allgemeine Zeitung. Und das Blatt der Reichswehr, die „Berliner Börsenzeitung“ begrüßt die Genfer Konferenz als den „Beginn des deutschen Befreiungskampfes“. Wie der aussehen wird, läßt der Schlußsatz des Spitzartikels erkennen, der so lautet:

„Deutschlands These ist einfach und klar: „Geht uns die Gleichberechtigung, die Ihr uns feierlich versprochen habt. Verweigert Ihr sie, dann brecht Ihr die Verträge, dann sind auch wir aller Fesseln ledig.“ Das ist unsere Marschparole, eine Parole, hinter der das ganze Volk stehen muß, wenn der Welt zum Ziele, zur Freiheit führen soll.“

Also „herrliche Zeiten“ stehen uns, wenn es nach dem Willen der herrschenden Macht im „republikanisch-demokratischen“ Staate Deutschland geht, bald wieder bevor. Die Begeisterung à la 1914 schlägt wieder hohe Wogen, und wenn vorläufig auch nur die „eisernen Lärchen“ vom Schlag des Generaloberst W. Heye, des ehemaligen Chefs der Heeresleitung, (abgesägt als zu „kompromittierlich-republikanisch“) ihr Lied in den Spalten des „demokratischen“, „Berliner Börsen-Couriers“ anstimmen, die anderen vom „Dichterst“ Hauptmann bis zum „Kritikerfürst“ Kerr werden bald folgen, werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen. So aber schmettert Herr Heye:

„Nun aber ganze Arbeit getan! Festbleiben: Fort mit Versailles, fort mit Kompromissen einer schwächlichen Erfüllungspolitik! Lieber tot als Sklav! Es geht um Ehre und Bestand der deutschen Nation! Und nichtswürdig die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre! Folgen wir diesem Gebot, wir werden nicht allein stehen im Kampfe!“

Es ist das neueste Wiegenlied für den dummen deutschen Michel. Im politischen Schlaf läßt er sich am besten von seinen „angestammten Herren“ leichenfiedern.

In China brüllen die Kanonen — sollen wir in Europa besser haben? Die „Abrüstungskonferenz“ kann beginnen. Im Zeichen des Kriegs!

Der Landsturm des Völkerbundes

Paris, 2. Februar

Die Ausreise der Mitglieder der vom Völkerbundsrat eingesetzten Untersuchungskommission für die Mandschurei erfolgt am 3. Februar in Le Havre an Bord des Passagierdampfers „Paris“. Wie bereits gemeldet, nimmt die Kommission den Weg über die Vereinigten Staaten.

Reichstag am 16. Februar?

Berlin, 2. Februar

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag voraussichtlich am Dienstag, dem 16. Februar, zusammentreten wird, um zunächst den Termin für die Wahl des Reichspräsidenten festzusetzen. Der Reichstag wird dann zu entscheiden haben, ob er sofort in eine große außen- und innenpolitische Aussprache eintreten oder ob er sich zu dem bisher dafür vorgesehenen Termin, dem 23. Februar, wieder vertagen will.

In Regierungskreisen scheint der Wunsch vorzuherrschen, daß der Reichstag überhaupt erst am 23. Februar einberufen wird. Die endgültige Entscheidung über den Termin des Zusammentritts wird vom Aeltestenrat geprüft werden, der voraussichtlich Ende dieser Woche sich versammeln wird.

Regierungskrise in Anhalt

Dessau, 2. Februar

In der Dienstagnachmittagsitzung des Anhaltischen Landtages wurde ein nationalsozialistischer Antrag mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen, der dem Staatsminister das Vertrauen entzieht. Daraufhin erklärte die Regierung ihren Rücktritt. Vorher war ein deutschnationaler Antrag auf sofortige Auflösung und Neuwahl des Landtages mit 20 Stimmen der SPD, der Staatspartei und der Kommunisten gegen 16 Stimmen der Rechtsfraktion abgelehnt worden.

Fernostkonflikt im Völkerbundsrat

Angelsächsische Intervention

Frankreich und Italien schließen sich an

Genf, 2. Februar.

Die für heute nachmittag dringlich einberufene Ratstagung brachte die Mitteilung über eine

energische englisch-amerikanische Intervention im japanisch-chinesischen Konflikt.

Tardieu teilte als Präsident des Rates zunächst mit, daß die gegenwärtige Sitzung auf Antrag der britischen Delegation einberufen worden sei, und erteilte sofort Thomas das Wort. Dieser verlas eine Erklärung, in der ausgeführt wird:

Die britische Regierung ist der Ansicht, daß es unmöglich ist, die gegenwärtige Lage in Ostasien andauern zu lassen. Es ereignen sich dort Dinge, die bis auf den Namen einen Kriegszustand darstellen. Leider haben sich alle bisherigen Bemühungen zur Besserung der Lage als fruchtlos erwiesen.

Im Einvernehmen mit der Regierung der Vereinigten Staaten hat sich die britische Regierung nunmehr entschlossen, den gegenwärtigen bedauerlichen Zustand der Dinge zu einem Ende zu bringen.

Sie hofft, daß andere Staaten sich diesem Vorgehen anschließen werden. Die beiden Regierungen haben sowohl in Nanking als auch in Tokio das formelle Ersuchen übermittelt, alle Gewaltakte und alle Vorbereitungen zu Feindseligkeiten einzustellen. Sie haben die Zurückziehung der Truppen in Schanghai, die Errichtung einer neutralen Zone und sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Regelung der Streitpunkte im Geiste des Kellogg-Paktes und der Entschließung des Völkerbundsrates vom 10. Dezember gefordert. Thomas gab anschließend den Wortlaut der heute nachmittag im englischen Unterhause zur Verlesung gelangenden Regierungserklärung über den ostasiatischen Konflikt bekannt.

In einer kurzen Erklärung teilte sodann der Vertreter Frankreichs, der Kriegsminister Tardieu, mit, daß Frankreich seine Vertreter in Tokio und Nanking angewiesen habe, sich dem Schritt der englischen Regierung anzuschließen. Gleichzeitig sei Vorsorge für eine Verstärkung der französischen Marinegeschwader und der französischen Landstreitkräfte getroffen worden.

Der Vertreter Italiens, Außenminister Grandi, machte sodann gleichfalls eine offizielle Mitteilung, daß Italien sich zu ähnlichen Schritten wie Großbritannien entschlossen habe. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die beiden Regierungen, in Tokio und in Nan-

king, alles daran setzen werden, damit in absehbarer Zeit eine fühlbare Besserung der Lage zu verzeichnen wäre.

Der Vertreter Deutschlands, Gesandter Freiherr v. Weizsäcker, erklärte, er werde nicht verfehlen, sofort seiner Regierung die im Rate heute abgegebenen Erklärungen zu übermitteln, damit die deutsche Regierung die ihr notwendig erscheinenden Schritte unternehmen könne.

Der Vertreter Ghinas, Botschafter Yen, sprach seine Genugtuung über die abgegebenen Erklärungen aus, die er seiner Regierung unverzüglich übermitteln werde.

Außerordentlich ernst und beherrscht sprach dann der Vertreter Japans, Botschafter Sato, der nur mit Mühe seine innere Bewegung verbergen konnte. Sato ließ eine längere Dar-

stellung, die im wesentlichen aus Telegrammen seiner Regierung bestand, verlesen, um nachzuweisen, daß an den Vorfällen in Schanghai China die Schuld trage.

Der Generalsekretär des Völkerbundes teilte mit, daß der Bericht des Schanghai Konsularkomitees über die Vorgänge in Schanghai noch nicht vorliege, und regte an, die weitere Behandlung des Falles bis zum Eintreffen dieses Berichtes zu verschieben.

Tardieu erklärte sich in seinem Schlußwort im Namen des Rates mit diesem Verfahren einverstanden und stellte zur materiellen Seite der Frage fest, daß die heutige Ratssitzung die Bedeutung habe, daß sich der Völkerbundsrat mit seiner moralischen Autorität der Aktion der angelsächsischen Mächte anschließe.

Kampf um Schanghai

Neuer Angriff der Japaner

Am Dienstag früh begann ein neuer Angriff der japanischen Marinesoldaten auf die chinesischen Stellungen in Tschapei und beim Nordbahnhof, der mit Feldgeschützen und Maschinengewehren beschossen wurde. Die Japaner besetzten den Tungtai-Hügel, einen wichtigen strategischen Punkt, der die ganze Stadt beherrscht. Die Chinesen bemühen sich zur Zeit, den Hügel zurückzuerobern. Von den japanischen Kriegsschiffen wurden weitere

Landungsabteilungen ausgesandt, die mehrere Stellungen am Flußufer besetzten.

Im Chinesenviertel herrscht eine unbeschreibliche Panik. Die Bevölkerung flieht in Scharen aus der Stadt.

Die chinesischen Behörden erklären, sie seien fest dazu entschlossen, die Japaner aus Schanghai herauszuwerfen. 15 000 chinesische Soldaten sind zu diesem Zweck in und vor Schapei gesammelt worden.

Nanking unter Feuer

Wie zuerst durch die Meldung eines amerikanischen Zerstörers bekannt geworden ist, haben die Japaner am 1. Februar mit der Beschließung Nankings begonnen, die erst in der Nacht gegen 1 Uhr beendet war. Unter dem Schutz des Feuers wurden japanische Truppen gelandet. Die Panik in der Stadt ist gewaltig.

Nach einer russischen Meldung aus Nanking hat der japanische Konsul in Nanking den Befehl aus Tokio erhalten, Nanking zu verlassen und nach Japan abzureisen. Mehrere japanische Staatsangehörige sollen auf einem Zerstörer fortgebracht werden.

Amtlich wird aus Nanking gemeldet, daß die chinesische Regierung am Montag ihren

Vertreter in Genf angewiesen hat, dagegen zu protestieren, daß die japanischen Streitkräfte Nanking ohne Grund bombardiert haben. In der Note wird erklärt, daß dieser Ueberfall ein neuer Beweis dafür sei, daß die Japaner die normalen Beziehungen nicht herstellen wollen, sondern versuchen, die verworrene politische Lage in China weiter zu verschlechtern. Die chinesische Regierung macht Japan für diese Bombardierung verantwortlich und erklärt, Japan müsse auch für sämtliche Schäden, die angerichtet wurden, haften.

Zur größten Ueberraschung der chinesischen Behörden erschienen am Dienstag früh japanische Marineoffiziere im Außenministerium in Nanking und erhoben Protest gegen die Beschließung japanischer Kriegsschiffe vor Nanking (!).

„Eine geschichtliche Stunde“

Henderson eröffnet die Abrüstungskonferenz

TU. Genf, 2. Februar

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, führte in seiner heutigen Eröffnungsrede folgendes aus:

Die Konferenz steht vor der tragischen Tatsache, daß im Augenblick der Eröffnung seiner Arbeiten im Fernen Osten eine außerordentlich schwierige Lage entstanden ist. Es ist eine imperative Pflicht der Unterzeichnerstaaten des Völkerbunds Paktes und des Kellogg-Paktes, sich an die genaue Einhaltung dieser beiden Sicherheiten und Garantien gegen Krieg und Gewalt zu halten.

Eine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Die Konferenz ist einzigartig in ihrer Bedeutung. Hier sind nunmehr die Wortführer von 1700 Millionen Menschen versammelt. Niemals hat es noch eine Konferenz in der Geschichte gegeben, die eine dringendere und für die Menschheit wohlthuerende Aufgabe hat, als diese. Die Aufgabe der Konferenz besteht daher nach meiner Auffassung in folgenden drei Punkten:

1. Ein gemeinsames Abkommen über ein wirksames Programm praktischer Vorschläge, um so schnell wie möglich eine wesentliche Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen aller Länder zu erreichen.

2. Keinerlei Rüstungen außerhalb des jetzt festzusetzenden Rahmens des Vertrages, durch den sich alle Nationen verpflichten, das große Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen.

3. Sicherung der weiteren Arbeiten, um das endgültige Ziel zu erreichen, auf dem Wege ähnlicher Konferenzen, die in kurzen Zeitabschnitten zusammenzutreten sollen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Furcht der Nationen vor Angriffen einer der Gründe für die Aufrechterhaltung der schweren Rüstungen in der Welt war. Dennoch bedeutet das Bestehen von Rüstungen eine der Hauptursachen der gegenseitigen Furcht und des Argwohns, die das internationale Leben vergiften, den Willen zum Frieden paralytisieren und die Nationen immer wieder in das Wetttrüben schleudern.

Der Präsident der Konferenz Henderson entwickelte sodann die Richtlinien der vom Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten vorläufigen Konvention, die lediglich die Methoden der Abrüstung behandelte. Die

Abrüstungskonferenz müsse jetzt die endgültigen Zahlen für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen bestimmen. Der Abkommensentwurf sei vielfach auf starken Widerspruch gestoßen. Selbst über die Methoden der Abrüstung bestanden verschiedene Auffassungen. Einzelne Artikel in dem Entwurf würden von der Mehrheit angenommen werden. Zahlreiche Vorbehalte seien von den verschiedensten Seiten angemeldet worden. Die Abrüstungskonferenz sei selbstverständlich frei, auch jeden anderen Vorschlag oder jeden neuen Entwurf eines Abkommens zu erörtern, der ihr vorgelegt würde.

„Die Welt verlangt die Abrüstung. Die Welt braucht Abrüstung. Die Konferenz hat es in ihrer Macht, das Schicksal der Weltgeschichte zu bestimmen. Die Augen der ganzen Menschheit sind heute auf diese Konferenz gerichtet. Ich lehne es ab, die Möglichkeit eines Zusammenbruches der Konferenz in Erwägung zu ziehen. Niemand kann sagen, welche Folgen ein Zusammenbruch haben würde. Eines steht aber fest. Die Welt würde dann von neuem in den vernichtenden Wettstreit der Rüstungen hineingerissen werden. Dies ist die Alternative, vor der die Konferenz jetzt steht. Seien wir bereit, diese Aufgabe zu lösen.“

Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebauten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann nur jetzt die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Bedrückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große uns auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen, laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den ersuchten Höhen entgegenführen.“

TU. New York, 2. Februar.

Nach Verhandlungen des hiesigen englischen Botschafters mit Staatssekretär Stimson, hat nunmehr auch die Regierung der Vereinigten Staaten in einer neuen Note an China und Japan von beiden die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in Schanghai gefordert.

Abschlachtung!

Aber „Kein Krieg“

(Reuter) Schanghai, 1. Februar

Chinesische Blätter behaupten, daß etwa 150 gefangene Chinesen von den Japanern erschossen worden seien; bei den meisten der Hingerichteten soll es sich um Freischärler handeln. Weiterhin berichten die Blätter, daß ganze Wagenladungen toter Chinesen heute morgen von japanischen Landungstruppen fortgeschafft worden seien.

Russisch-schweizerischer Zwischenfall

Einreiseverbot für Radek

Berlin, 2. Februar.

Die hiesige Schweizerische Gesandtschaft hat dem früheren russischen Volkskommissar des Außen, Radek, der sich zur Abrüstungskonferenz nach Genf begeben wollte, das Einreisevisum für die Schweiz verweigert, da gegen ihn wegen seiner politischen Tätigkeit Grenzsperrbestehende.

Außenkommissar Litwinow hat daraufhin ein außerordentlich scharfes Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet, in dem hervorgehoben wird, daß in dem amtlichen Einladungsschreiben zur Abrüstungskonferenz ausdrücklich die völlige diplomatische Freiheit sämtlicher Teilnehmer an der Abrüstungskonferenz festgesetzt sei. Der Zwischenfall hat allgemein großes Aufsehen erregt, da der Schweizer Bundesrat an der Verweigerung der Einreiseerlaubnis für Radek festhält.

Vertrauensvotum für Stalin

TU Moskau (über Kowmo), 1. Febr.

Auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei wurde am Montag eine Entschließung angenommen, in der die Fortsetzung der Politik Stalins durch die Partei verlangt wird. Stalin wird das volle Vertrauen seitens der Partei ausgesprochen. In der Entschließung heißt es weiter, daß der zweite Fünfjahrplan zur Durchführung gebracht werden müsse, um die Sowjetunion vom Ausland völlig unabhängig zu machen. Es wird des weiteren rücksichtsloser Kampf gegen alle Links- und Rechtsoppositionellen innerhalb der Partei gefordert.

Proletarier im Fischkutter

Eine Reportage von
Herbert Duckstein

Fischfang im Treibeis



Wenn du auf Helgoland gewesen bist, so hast du dich gewiß mal in die Nähe eines von diesen alten, weißbärtigen, pfeiferauchenden, rothhäutigen, indianerhaften Fischern gestellt und hast dir Gedanken über diese „Eingeborenen“ gemacht. Sie scheinen wirklich die Inkarnation der „Wildheit“ zu sein, direkte Nachfahren der Wikinger, — Piraten, Störtebekers. Der weiße Bart verhilft uns zu komischen Assoziationen: Barbarossage (zumal wir nicht umsonst auf einer deutschen Schule gewesen sind), — unheimlich ist es, daß diese Menschen so wenig sprechen, und glücklich sind wir, wenn wir durch gutbezahlte Beziehungen die Bekanntschaft so eines verschlossenen, wortkargen und mißtrauischen Fischers machen, der uns bei spiegelglatter See einmal auf seinem Kutter mitnimmt. Ach, wie gut müssen es die Fischer haben: den ganzen Tag in der frischen und reinen Seeluft, keine Nervosität, dauernde Gesundheit, ein langes Leben — viel Schnaps und die traditionelle Shagpipefe. Romantik, Sonnenauf- und -untergänge, trockener Humor und eine ausdauernde Ziehharmonika. Es ist wahr: Sonnenauf- und -untergänge erleben diese Fischer öfter und ergebiger als wir, und die Jungen mögen manchmal auf ihrem „Schiffersklavier“ musizieren. Ansonsten aber sind sie Proletarier wie wir. Vielleicht nicht klassenbewußt, aber diese negative Eigenschaft teilen sie mit ihren Klassengenossen auf dem platten Lande. Wie diese stehen sie zumeist noch in dem „patriarchalischen“ Verhältnis zu ihrem „Dienstherren“, sie sind noch zu wenig emanzipiert, in ihren Willensentscheidungen noch zu wenig unabhängig. Vielfach sind sie politisch vollkommen faschisiert und den Einflüsterungen ihrer Arbeitgeber erlegen, manche haben vielleicht auch noch die Illusion, sich die „Freiheit“ ihres Berufes erhalten zu müssen, obwohl sie bei dieser Freiheit niemals so recht auf den grünen Zweig kommen.

Wie sieht denn das Leben so eines Fischers eigentlich aus?

Am Anleger in Wilhelmshaven liegt eine kleine Fischkutterflottille, etwa 15 bis 20 Boote stark. Die Masten starren wie Bohnenstangen, das Tauwerk ist steifgefroren, die Boote scheinen sich ängstlich aneinander zu drängen, sie kennen die See und fürchten ihre Launen. Tagein, tagaus müssen sie hinaus, von zwei Fischern bemannt. In dickem Oelzeug sind diese verummumt, mit schweren Schaffstiefeln bewaffnet, mit der Pfeife die Nase warmgehalten, — und irgendwo draußen peitschen die Böen über Bord, und die Wogen scheinen wie Eis sich auf die steifen Glieder zu legen: Frau Kommerzienrat in Berlin WW mag ruhig von zu vielem Fleischgenuß Rheumatismus haben, für die Fischer sind Gicht und Isschias Berufszubehör. Manchmal kommen sie des Abends heim mit Händen, die wie rohes Fleisch aussehen, — die gefrorenen Laken und die vereisten Eisenstangen haben ihnen die Haut von den Schwielen gerissen. 365 Tage hat das Jahr, und an 365 Tagen im Jahr bläst der Sturm über die See, — nur bei Orkanen fahren sie nicht hinaus, denn dann ist die Gewißheit hundertprozentig, daß ihnen auf dem Friedhof der Namenlosen ein Erinnerungskreuz gesetzt werden wird. 12 bis 14 Stunden am Tag führen diese Männer zu zweit ihren Kampf mit den Elementen — ja mehr, sie müssen den Elementen auch Beute abtrotzen. Sie veranstalten ja keine Sportregatten. Einen Sonntag kennen die Fischer nicht, denn Sonntags pflegen sich die Fischer am unvorsichtigsten der Netzgefahr auszusetzen. Neuerdings wird vom Staate erwogen, den Fischern die Sonntagsarbeit zu verbieten. Diese wollen sich gegen den staatlichen Eingriff auflehnen, da ihnen ja niemand den Ausfall vergütet. Sturmtage sind für sie

Sonntage. Sie lassen sich die Feiertage vom lieben Gott verfügen, und nicht von dessen Stellvertretern auf der Kanzel.

Das Hauptfangobjekt der Wilhelmshavener Fischer sind der Granat und die Sprotten. Eine sogenannte Sprottenreise pflegt drei Tage zu dauern. Die Quantität ihrer Beute ist recht verschieden und unausgeglichen. Sie ziehen aus, um in einer Lotterie zu spielen, und manchmal ziehen sie nur Nieten. 70 bis 100 Pfund bedeuten gewiß eine Nieme, wenn man bedenkt, daß der Fischer für den ganzen Zentner nur 70 Pfennig erhält. Manchmal fangen sie dafür dann wieder 20 Zentner. Und das große Los ziehen sie im Jahr

nur etwa zweimal mit 10 bis 200 Zentnern.

Im ganzen Jahre gibt es für den Sprottenfang nur 60 bis 70 Fischtage. Sie fallen in die Zeit von November bis Anfang Februar; der Heringsfang ist etwas länger möglich: im allgemeinen bis März.

Uebrigens, da wir uns der ernstesten Aufgabe heute nicht mehr ohne ein kleines ironisches Intermezzo entledigen können, dürfen wir bei der Gelegenheit vielleicht den populären Herrn Dr. Gerdeler daran erinnern, daß die Sprotten für uns Konsumenten das Pfund immerhin noch 40 Pfennig kosten. Da die Fischhandlungen jedoch vor der deutschen Ware die belgische und englische bevorzugen, so kommt es vor, daß die Fischer ganze Fänge an Fischmehlfabriken zu Schleuderpreisen absetzen müssen: den ganzen Zentner für wenige Groschen.

Das Hauptgeschäft bildet jedoch der Granatfang.

Da die Ware leicht verderblich ist und der Granatfang vor allem im Hochsommer betrieben wird, bekommen wir bedauernswerten Berliner, von den Süddeutschen ganz zu schweigen, leider nichts von dieser Fischdelikatesse zu sehen und zu schmecken. In Bremen und Hamburg laufen jedoch alle Händlerinnen mit ihren ausgerangierten Kinderwagen im Eiltempo bereits am frühen Morgen durch die noch vor sich hindösenden Straßen, und von den lauten Ausrufen: „Granat — Granat“ — versteht man leider immer nur zwei gleichlautende Vokale, deren leicht mißzuverstehender Sinn den Granatabsatz jedoch durchaus nicht beeinträchtigt.

Die Fangsaison läuft vom März bis zum Oktober.

Diese beiden Monate sind jedoch die unergiebigsten.

Im Durchschnitt werden jeden Tag drei bis sechs Zentner gefangen. Nehmen wir mal den günstigsten Fall an, es werden 5 Zentner gefangen. Von diesen fünf Zentnern sind etwa drei Zentner Beifang, sogenannte „Gammel“: das sind alle möglichen kleinen, unbrauchbaren Fische, die zu Fischmehl verarbeitet werden. Der Zentner wird günstigstenfalls mit 2,50 RM bezahlt. Für den Zentner hochwertigen Granats gibt es immerhin 20 RM. Ueberrechnen wir kurz mal den Erlös eines recht guten Tages: 2 Zentner Granat = 40 RM, 3 Zentner Gammel = 7,50 RM. Abzüglich der Betriebskosten, die sich pro Tag auf mindestens 12 RM belaufen: so ergibt das einen Tageserlös von rund 35 RM. Diesen Betrag bekommt der Kutterbesitzer. Die eigentlichen Arbeiter, ein älterer und ein jüngerer Fischer, werden, der erste mit 25 und der zweite mit 10 vH abgefunden. Rechnen wir den Monat mit 15 solcher Arbeitstage, so ergibt das eine Lohnsumme für den älteren Fischer, der verheiratet ist und zumeist 5 bis 6 Kinder zu ernähren hat, von ungefähr 140 RM im Monat und für den jüngeren von etwa 70 RM.

Selbstverständlich ist diese Ziffer, je nach den

Fangmöglichkeiten der einzelnen Jahre durchaus variabel, immerhin dürfte sie, wenn man die Plusextreme des Hochsommers und die Minusextreme der Vor- und Nachsaison auf einen gemeinsamen Nenner bringt, die Durchschnittsverdienstquote ausmachen.

Was ist für diese „fürstliche“ Entlohnung zu leisten? Wie sieht so ein vierzehnstündiger Arbeitstag aus?

Vor Sonnenaufgang wird Wasser an Bord geholt, mit einer Lötampe der Motor angewärmt, die Netze werden fertiggemacht, der Granatkessel angeheizt. Denn der Fang wird sofort an Bord georauhsfertig gemacht. Körbe und Siebe müssen mitgenommen werden. Unterwegs, in den „Jagdgründen“, wird die Boje ausgeworfen, an der das Netz befestigt ist. Dieses wird gespannt gehalten von einer etwa 10 Meter langen Eisenstange. All diese Vorarbeiten bringen die beiden Menschen schon tüchtig in Schweiß. Doch die schwerste Arbeit ist die Bergung des Fanges. Mit einer Handwinde wird die Eisenstange an Bord gebracht, dann muß mit aller Vorsicht das schwere, wasserdurchtränkte Netz, das leicht zerreißen ist, eingeholt werden. In großen Säcken folgt die Beute. Auf riesigen, lebenden, wimmelnden, kribbelnden Fischbergen werden die kleinen Seebewohner aufgestapelt. Diese Berge müssen gesiebt werden, da alles mögliche Getier sich in die Fangsäcke verirrt hat. Kleine unbrauchbare Fische werden ihrem Element wieder zurückgegeben. Zu kleine, für den Verkauf ungeeignete Granats werden als Gammel an die Fischmehlfabriken verkauft. Der anfangs so umfangreiche Berg wird immer kleiner. Mehrere Male muß tüchtig gesiebt werden. Inzwischen ist das Netz wieder über Bord gegangen. Das Wasser im Kessel kocht, es wird Salz hinzugeschüttet, und ein Drahtkorb mit lebendem Granat wird in das kochende Wasser hineingehängt. Die Tiere sind im Augenblick getötet. Auf einem Drahtgestell werden sie zum Trocknen ausgelegt. Auch der Laie wird einsehen, daß dieses Durcheinander von Netzauslegen, von Sieben und Sortieren, von Kochen und Heizen, von Trocknen und Verpacken, zehn Stunden am Tage, eine recht erhebliche Arbeitsleistung bedeutet. Und wenn der Kutter spätabends wieder an der Brücke liegt, dann beginnen erst die Aufräumungsarbeiten, das Boot muß gereinigt werden, die

Ware will gewogen sein, denn die Händler kommen sofort an Bord und kaufen den Fang. Vor der Brücke warten Gespanne auf den Gammel, der Tag kann nicht früh genug beginnen, und, allen Sonnenuntergängen zum Trotz, darf er kein Ende nehmen.

Und was geschieht mit den Granatfischern im Winter? Sie verdingen sich als Holzhacker, als Straßenkehrer, als Tagelöhner, sofern solche Stellen nicht bereits durch Dauererwerbslose besetzt sind. Die anderen gehen aufs Wohlfahrtsamt und beziehen ein paar Hungergröschchen, damit sie mit ihrer zumeist vielköpfigen Familie noch den nächsten März erreichen, wo sich die „Fischgründe“ wieder öffnen und die Tage wieder länger werden: 12 bis 14 Stunden, mit schwerer Arbeit ausgefüllt.

Der Vertrauensmann der Wilhelmshavener Fischer, der mir das gesamte Material für diesen Bericht vermittelte, erzählte mir auch von der argen Verschuldung der mittelständlichen Existenzen. Das Reich gewährt ihnen zur Deckung ihrer Schulden ein Darlehen, das sie bei einem verhältnismäßig niedrigen Zinssatz abzahlen müssen. Meistens sind sie aber niemals dazu imstande. Die Schulden häufen sich trotz aller günstigen Darlehen, und wenn es März wird, und ein anderer kann einen passablen Preis bieten, dann wandert der Kutter zwangsläufig, unter dem Druck des um sein Darlehen besorgten Staates, in dessen Hände. Die um ihre Existenz gebrachten Fischer, politisch ungeschult, werden meistens ein Opfer faschistischer Agitation. Hier hat unsere Arbeit einzusetzen. Wir müssen durch Schulung und Aufklärung, durch unermüdete Kleinarbeit, diesen Opfern des Monopolkapitals klarmachen, daß sie nur ein Teil jener ausgebeuteten Werktätigen sind, die um ihre endgültige Befreiung in einem kommunistischen Räte-Deutschland kämpfen.

*

Wie wir soeben noch erfahren, konnten Ende Januar zwei Wilhelmshavener Fischkutter die seltene Beute von 300 Zentnern Sprotten machen. Da sie infolge der geringen Kaufkraft der Massen die Ware nicht absetzen konnten, fuhren sie wieder in See und warfen die ganze Ladung über Bord.

Ein Verfahren der Wertvernichtung, würdig des kapitalistischen Wirtschaftswahnsinn!

Sonnabend Calmette-Urteil?

Das letzte Wort der Angeklagten

Lübeck, 2. Februar.

Die heutige Sitzung im Lübecker Impfprozeß war von kurzer Dauer. Der Vorsitzende fragte die Angeklagten, ob sie noch etwas zu sagen hätten. Darauf erhob sich Obermedizinalrat Dr. Alstaedt und erklärte: „Ich bin in diesen Monaten so ausführlich nach allen Dingen gefragt worden, ich habe, soweit es in meiner Macht stand, jedem Rede und Antwort gestanden, und meine Verteidiger haben alle Punkte eingehend beleuchtet, so daß ich nichts mehr auszuführen habe.“

Dann ergriff Prof. Dr. Deycke das Wort: „Sachlich habe ich den ausführlichen Darlegungen meines Verteidigers nichts mehr hinzuzufügen, persönlich möchte ich aber noch eins sagen: Ich bedauere und beklage es aufs tiefste, daß gerade mich das Schicksal auserkoren hatte, unschuldigen Kindern, denen wir Gutes bringen wollten, Tod und Krankheit zu bringen. Es ist meine heiligste Ueberzeugung, daß höhere Gewalt vorliegt, gegen die wir Menschen ohnmächtig sind (! Red.). Aber wenn Sie, meine Herren Richter, eine Fahrlässigkeit feststellen, dann trifft nur mich allein und nur mich der Vorwurf. Ich bitte deshalb, die Sühne, die das Gesetz bestimmt, mir aufzuerlegen, ich bin bereit, die Sühne anzutreten. Ich bitte Sie aber, meine Mitangeklagten freizusprechen; sie sind meines Erachtens frei von jeder Schuld.“

Schwester Anna Schütze sagte: Ich habe immer die Wahrheit gesprochen.“

Prof. Dr. Klotz beschränkte sich auf die Bemerkung, daß er sich den Ausführungen seines Verteidigers anschließe.

Der Vorsitzende vertagte die Sitzung auf Sonnabend nachmittags 6 Uhr und betonte, daß beabsichtigt sei, dann das Urteil zu verkünden; sollte sich aber herausstellen, daß bei der Weitläufigkeit und dem großen Umfang der Materie noch irgendwelche Fragen zu stellen seien, so wäre möglicherweise damit zu rechnen, daß die Verhandlung noch einmal eröffnet werde.

Die erste Zuckerfabrik in Persien

Teheran, 2. Februar.

Gestern wurde in dem Dorfe Kahrizak, 20 km von Teheran, die erste Zuckerfabrik in Persien eröffnet.

Kapitalistische Farce

In der „Brücke“, einer Beilage des „B. T.“, lesen wir die folgende Zusammenstellung:

In Ceylon pflückt man von jeder Tee-pflanze statt drei nur zwei Blätter und drückt dadurch im Jahre 1930 die Ernte um 75 Millionen Pfund herunter. In Griechenland verbot man schon 1904 die Neuanpflanzung von Korinthen und Ende 1909 wurde durch Gesetz die Ausrodung von Weinbergen angeordnet. Bis 1913 wurden aus diesem Grunde 300 000 Hektar vernichtet. In Brasilien ließ man 400 Millionen Kaffeesträucher eingehen und verringerte dadurch die Produktion auf 15 Millionen Säcke, von denen man glaubte, daß sie genügen, um ausreichende Preise zu sichern. Der Ueberfluß an Diamanten wird in weitläufigen Banksafes verstaubt, ein Flugzeug bringt wöchentlich dreimal ganze Säcke davon nach Kapstadt, wo sie spurlos verschwinden, damit der Preis dieses kostbaren Steins sich hält. In Brasilien vernichtet man mehr Kaffee, als überhaupt getrunken wird, und ganze Pfefferernten versenkt man in das Meer. 60 000 Säcke Kaffee — sollen vom brasilianischen Kaffeevalorisierungsinstitut zum Düngen verwendet werden, um den Markt zu entlasten. Die Holländisch-Indische Handelskompanie ließ Tausende von Zentnern Gewürze verschwinden, nur um den Preis zu halten. Amerika und Aegypten verbrannten früher Baumwolle, und daß man in der Neuen Welt die Lokomotiven mit Weizen heizte, klingt wie ein Hohn auf Hungersnot und Elend in andern Weltteilen.

Goetheausstellung in Paris

Zahlreiche französische Persönlichkeiten haben sich zu einem Komitee vereinigt, das eine Reihe von Veranstaltungen zur Goethe-Jahrhundertfeier vorbereiten soll. Ein Unterausschuß unter der Leitung des Generaldirektors der Pariser Nationalbibliothek Julien Cain wird eine Goethe-Ausstellung in der Nationalbibliothek veranstalten, die in einigen Monaten eröffnet wird.

Shaw schreibt über den Bolschewismus

G. B. Shaw, der vor kurzem zum Winteraufenthalt in Südafrika eingetroffen ist, beabsichtigt während dieser Zeit seine Ansichten über Rußland und den Bolschewismus in einem Buch niederzulegen, das in der Form sich voraussichtlich an seinen bekannten „Frauenführer zu Sozialismus und Kapitalismus“ anschließen wird.

Theater am Scheideweg

Neue Wege revolutionärer Schauspielkunst

Das bürgerliche Theater in Deutschland befindet sich in einer schweren Krise. Das Repertoire ist langweiliger denn je, neue Stücke gibt es selten, und wenn eines auftaucht, fehlt jeder fruchtbarer über die reine Unterhaltung oder ein abwegiges Experiment hinausgehende schöpferische Gedanken. Der Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft äußert sich auch im Zerfall ihrer Weltanschauung und in der Unfähigkeit zur Lösung aller kulturellen Aufgaben. Der Theaterhimmel wird nicht von neuen Problemen, sondern von der finanziellen Misere bewölkt. Da die neuen Stücke und Gedanken fehlen, tritt der technische Apparat, die Regieleistung und die Frage der äußeren Aufmachung in den Vordergrund.

Seit Wochen läuft im Berliner „Großen Schauspielhaus“ die Reinhardt-Inszenierung von „Hoffmanns Erzählungen“. Sie zeigt mit aller Deutlichkeit das doppelte Problem der technischen Höchstleistung, bei gleichzeitigem Versagen des schöpferischen Könnens. Die wesentlichen Züge der Inszenierung bestehen in der revuhaften Offenbachschen Musik zerstört, in der Verstärkung der mystischen Züge der Handlung, wodurch die romantische Grundfassung in banalem Spiritismus verwandelt wird und in der Ersetzung des Stimmungsgehalts durch einige interessante Leistungen der Regie, die mit Hilfe der Drehbühne eine neue Form oberflächlichen Kulissenzaubers produziert. Dabei war das „Weiße Rössel“ Charells geschlossener in seiner Wirkung, es machte nicht den Anspruch, eine künstlerische Leistung darzustellen, sondern war gefälliger Kitsch. Es ist immer gefährlich, wenn Kitsch im Gewande ernsthafter Kunst auftritt. Max Reinhardt, der gefeierte und auch heute noch anspruchsvollste, ernstzunehmende bürgerliche Regisseur, hat diese Klippe nicht zu umschiffen verstanden.

Neue Impulse kann das deutsche Schauspiel nur empfangen, wenn die neue Form mit einem neuen revolutionären Inhalt erfüllt wird. Gegenüber dem Versagen des bürgerlichen Theaters zeigen die mutigen Leistungen einiger revolutionärer Schauspieltruppen die Linie der Weiterentwicklung und die Zukunft des deutschen Theaters. Ein entscheidender Unterschied ist zunächst festzustellen: in den Aufführungen der „Jungen Volksbühne“ und der „Gruppe 1931“, zeigt sich die fruchtbare Auswirkung der kollektiven Zusammenarbeit von Verfassern, Regie und Schauspielern. Diese Zusammenarbeit wird von der einheitlichen revolutionären Gesinnung aller Mitwirkenden fruchtbar gemacht, hier stehen keine Gagenempfänger auf der Bühne, die persönlich brillieren wollen, sondern die Einzelleistung geht auf in der Leistung des Kollektivs.

Die Aufführung des Propagandastückes „Die Mutter“ von Bert Brecht, nach dem Roman Maxim Gorkis sehr geschickt in eine wirkungsvolle Szenenfolge verwandelt, ist mit den einfachsten technischen Mitteln inszeniert. Aber wie diese Gestalt der einfachen Arbeiterfrau, die nicht lesen und schreiben kann, von Szene zu Szene wächst, wie sie zur revolutionären Propagandistin wird und ihre Aufgabe mit aller List und Entschlossenheit durchführt, ist ein so erhebendes Beispiel da-

für, wie die Arbeit für seine Klasse aus dem einfachsten Menschen einen Helden und Kämpfer machen kann, daß man erschüttert und gestählt die Vorstellung verläßt. Darstellung und Inhalt wachsen in eines zusammen, von jedem einzelnen dieser Gruppe von Schauspielern, die das Kollektiv der „Jungen Volksbühne“ bilden, kann man sagen, daß er in den letzten Jahren gewachsen ist.

Der Besuch dieser Veranstaltung, die Vereinbarung von geschlossenen Vorführungen und darüber hinaus der Beitritt und die finanzielle Unterstützung der „Jungen Volksbühne“, kann den Genossen der SAP und des SJV nur empfohlen werden.

Dasselbe gilt auch von der Aufführung der „Gruppe 1931“, die sich in dem Stück „Die Mausefalle“ eine kollektive Rahmenhandlung für die geschickt aufgemachte Propaganda revolutionärer Ideen geschaffen haben. Straff und konzentriert wird das Schicksal einer kleinen Angestellten und die Auswirkung der Rationalisierung und Organisation im Schuhkonzern „Tabo“ aufgerollt und mit dem Kampfe der Arbeiterklasse verbunden. Die satyrische Auflösung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kulturtraditionen, die scharfe Zeichnung des Traumes vom „großen Mann“, für dessen Karriere allerdings Napoleon nicht das geeignete Objekt ist — da er wirklich ein Genie war, das seiner Zeit den Stempel aufdrückte —, geben dem Stück eine Reihe treffender und packender Momente. Die Form des Spieles enthält in ihrer Auflösung des alten, starren Schemas der Szenenfolge und durch den Versuch, die Brücke zwischen Zuschauerraum und Bühne zu schlagen — indem die Illusion des Spieles im Spiel selbst immer wieder als solche entlarvt und zerstört wird —, interessante Ansätze, aber auch gewisse Gefahren. Die etwas überspitzte intellektuelle Form mancher Dialoge wird dadurch noch gesteigert, das „naive“ Mitgehen wird erschwert, für ein Publikum von Arbeitern wirkt das Deutlichwerden der technischen Konstruktion störend. Man soll nicht die Schnüre sehen, an denen die Figuren gezogen werden, die Auflösung der Illusion des Spieles im Spiel selbst nimmt dem Publikum die eigene geistige Arbeit. Aber sonst: ein gutes Stück und ein verdienter Erfolg.

Fritz Rück.

Kampf um Gerhart Pohl Zu „Kampf um Kolbenau“ (Komödienhaus, Berlin)

Was einen Teil der Berliner Presse veranlaßte, Gerhart Pohls „Kampf um Kolbenau“ als ein „handfestes“ Theaterstück zu werten, ist die Tatsache, daß der Autor es versteht, eine Reihe von aufregenden Geschehnissen spannend zu gruppieren — was aber lediglich eine Frage technischer Fingerfertigkeit und noch nicht künstlerische Qualität ist. Im übrigen entscheidet hinter den Geschehnissen das Geistige: die Konsequenz; das Seelische: die Leidenschaft. Es entscheidet die Leidenschaft, mit der Konsequenzen gezogen werden. Denn es geht im proletarischen Theater zugleich um mehr und um weniger als um Kunst allein. Unser Theater steht mit einem Fuß in der Wirklichkeit. Prinzipiell ist zu sagen: proletarisches Theater ist immer gut, es ist sogar dann noch nicht schlecht, wenn es schlechtes Theater ist! Denn: es ist werbendes, zeitnotwendiges

Theater, es ist Lehre, es ist Wille. Aber in diesem Hinblick ist entscheidend, daß es auf der Welt bereits Proletarier gibt, Russen, die auf schlechte Kunst als immerhin gute Agitation schon durchaus zu verzichten wissen, die uns in der Formung klassenkämpferischer Probleme übermächtig voraus sind. Pohl gestaltet eine Situation um 1918/19, die sich täglich wiederholen kann: Reichwehrtruppen rücken mit Waffengewalt der revolutionären Arbeiterschaft zu Leibe. Daß diese Situation ohne aktuell gültigen Ausblick rein historisch behandelt wird, ist die entscheidende Schwäche des fünfaktigen Dramas. Pohls revolutionäre Helden halten, schon entfesselt, mit der Knarre in der Hand, Schüsse im Ohr, Blut am Aermel, die rücksichtsloseste Soldateska hart im Nacken — Versammlungsreden in der Phraseologie besserer SPD-Männer am ersten Mai. Wenn der Offizier sich auflöst: „Kameraden, die ganze Welt blickt in dieser Stunde auf uns“, so wirkt das lächerlich, weil es eine Phrase ist, aber es kann ihm nicht übelgenommen werden. Wenn aber mitten im Straßenkampf der Anführer der Arbeiter zwei Minuten später brüllt: „Genossen, die Arbeiterschaft der ganzen Welt blickt in dieser Stunde auf uns“, so muß es ihm übelgenommen werden. Es wirkt peinlich und unwahr, weil es ganz und gar ohne Inbrunst ist. Die proletarische Ideologie unserer Tage ist soweit aus den Kinderschuhen heraus, daß ihre Verdichtung in einem wirklichen Kunstwerk dringend gefordert werden kann. Die Wassersüppchen deklamierter Leitartikel, die hunderttausendste Wiederholung bekannter Parolen auf der Bühne kann man sich glücklicherweise sparen. Wir wollen nicht erfahren, daß die Bourgeoisie auf uns schießen lassen wird, aber wir wollen wissen, wie die Gegenaktion des Proletariats aussehen wird. Wir verlangen vom proletarischen Künstler, daß er uns rücksichtslos Konsequenzen zeigt, und daß er sie so zeigt, daß es uns mit Begeisterung danach dürstet, sie zu ziehen! Gebt im proletarischen Theater ideologische Klarheit in noch nicht gehörten dichterischen Worten, vermittelt Impulse: persönliche Tapferkeit, Stolz und Freude des Bewußtseins, dem Proletariat anzugehören. Theater, das diese grundlegenden Elemente vermissen läßt, proletarisches Theater, das uns nicht hinreißt, steht im Verdacht, nur Zeittheater im Sinne von Mode- und Konjunkturtheater zu sein. Else Rützel.

„Schöne Helena“ ohne Offenbach

Im Londoner Adelphi-Theater wurde am letzten Sonnabend die „Schöne Helena“ von Offenbach, in der Inszenierung Max Reinhardts, erstaufgeführt. Der Korrespondent des „B.T.“ rühmt in schwungvollen Worten die „Schönheit“ der Inszenierung, um schließlich zu konstatieren, daß „Leo Schützendorfs prächtiger Agamemnon fehlte“ — und:

„Will man weiter kritisieren so kann man sagen, daß Offenbach zu kurz kam, dessen Musik das Renaissance- und Barockgetöse kaum durchdringen konnte.“

Daß Offenbach-Operetten unter völliger Abwesenheit des musikalischen Ingeniums Offenbach stattfinden, ist bei Reinhardt freilich kein Novum.

Mussolini-Schmarren in Weimar

Uraufführung: „Hundert Tage“

Ein Lehrstück für Nationalsozialisten: Wie sieht das aus? Inspirator Benito Mussolini. Verfasser: G. Forzano. Held: Napoleon Bonaparte. Deutscher Bearbeiter: Géza Herczeg. Im Parkett: ein Staatenloser namens Adolf Hitler. Das ist das Gesicht des deutschen Nationalsozialismus. Wir gratulieren!

Jeder fühlt sich als der geistige Nachfahre des anderen: Mussolini als Napoleon, Hitler als Mussolini. Jeder versucht aus den „Fehlern“ des anderen zu lernen. Ergo: Hitler = Napoleon + Mussolini. Der Bandenführer saß mit Frack im Parkett und ließ sich applaudieren. Ort: Deutsches Nationaltheater in Weimar. Goethe und Schiller stehen auf dem Denkmalsockel vor diesem Theater und können sich nicht wehren...

Die nationalsozialistischen „Leipziger Neuesten“ hatten ihren eigenen Korrespondenten nach Weimar geschickt. Zitieren wir ihn: „Man (das provinzielle Spießertum. D. V.) war geschmeichelt, weil Mussolini über die Wahl Weimars seine besondere Befriedigung geäußert hatte... Aber Adolf Hitler war selbst gekommen, vielleicht eine höfliche Geste gegenüber dem Duce in Rom... Jede zweite Brust zierte das Eisenerne Kreuz. Selbst die heute fünfundsiebzigjährige Frau Elisabeth Förster-Nietzsche...“ Danke Herr Korrespondent, für Ihre sicher erstgemeinten Informationen. Und so war das ganze Stück!

Hitler nahm die Belehrung aus dem Stück mit nach Haus: Diktator zu sein, hat nur Zweck, wenn man es bis zur letzten Konsequenz ist. Napoleon hatte ja auch den Fehler begangen, Zugeständnisse an die Volkvertreter zu machen, die ihn dann nach seiner Niederlage bei Waterloo davonjagte. Auch Hitler weiß, daß ein Drittes Reich nur solange Bestand haben kann, als es dem Diktator gelingt, die Interessen des Kapitals rücksichtslos gegen die der Arbeiterklasse zu vertreten und durchzusetzen.

Es liegt an der Arbeiterklasse, ob diese Belehrungen einmal praktiziert werden können. Heute mögen sich die Heldenbrüste mit Haken- und Eisernen Kreuzen noch blähen, mögen die Jungfrauen ihren Heldenkomplex in Weimar abreagieren — die Entscheidungen werden auf einer anderen Bühne getroffen. H. D.

Kleines Feuilleton

Eine Oper über „König Lear“

Der Florentiner Komponist Vito Frazzi hat soeben eine dreiaktige Oper „König Lear“ vollendet, welche von der Mailänder Scala zur Uraufführung in der nächsten Spielzeit erworben worden ist.

Palucca improvisiert auf der Bühne.

Die Tänzerin Palucca wird zum erstenmal in ihrem Programm am 5. Februar im Berliner Badsaal drei Ausdrucksstudien tanzen, die im Moment von ihr und dem Begleiter, Adolf Havlik, frei improvisiert werden.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

37. Fortsetzung.

Merkt ihr endlich, daß ich nicht so dumm bin, wie ihr euch einbildet?

„Hehe, wir werden schon dafür sorgen, daß keiner uns zu nahe kommt. Eine gute Kriegsrüstung ist die beste Gewähr für den Frieden.“

„Hoho, Kamerad, du meinst wohl eher das beste Gewehr für den Krieg.“

„Mach keine Witze, Junge. Wir haben oben Leute sitzen, die schlau genug sind, um zu wissen, wie sie alles für Amerika richtig drehen.“

„Sie drehen die Sache schon richtig für alle die Geld haben.“

„Du bist wohl ein Roter geworden, Kamerad.“

„Nur soweit man vor Wat rot werden kann.“

„Du bist doch nicht wütend auf uns, Freundschen, das wäre zu schlimm.“

„Wenn ich Geld habe, kann meinnetwegen geschehen was will, dann genieße ich Freiheit, Sicherheit, Geborgenheit.“

„Der alte Fuchs, Herr Strong, kann ruhig erfahren, daß ich gefährlich bin, wenn ich kein Geld habe, daß ich aber mit mir reden lasse, wenn man bereit ist, meine Forderungen zu erfüllen.“

„Geld, von wem willst du Geld haben, Ka-

merad? Niemand gibt es her, der es nicht unbedingt muß. Bei einem armen Teufel denkt keiner an ein Muß.“

Ihr scheint ja gut im Bilde zu sein, ich werde euch zeigen, ob ich ein armer Teufel bin.

„Aber wenn einer Verstand hat, jedoch keine Sicherheit, Geborgenheit und Freiheit, das heißt kein Geld, aber dafür eine sichere gute Waffe, der könnte gefährlich werden. Wenn einer einiges weiß darüber, hehe, wie er gemacht, wie er vorbereitet wird, der Krieg, der könnte für manche der Herren, die es nicht wahr haben wollen, schädlich werden.“

„Also etwas wird vorbereitet, nicht übel! du weißt es bestimmt, Kamerad, du hast eine extra gute Nase.“

„Ja, und ich beginne sie voll zu haben. Wenn ich auspacke, könnte man von mir allerlei erfahren über Rüstungen und so.“

Herrn Fishs Hände ruhen auf seiner Brusttasche.

„Du kommst mir vor, Kamerad, wie die alte slowakische Bäuerin, die ich vor einigen Monaten in Wallstreet getroffen habe, als wir uns einen Fliegerangriff angesehen haben, — natürlich war es nur ein Manöver, aber es sah toll aus und hörte sich noch toller an. Die Dampfsirenen, die Bomben, die Kanonenschüsse; die Leute johlten und schrien und

konnten gar nicht genug haben von diesem Gratistheater. Nur die alte Frau, weißt du, diese slowakische Bäuerin, konnte die Sache nicht kapieren, sie jammerte und weinte laut. Die Leute lachten sich natürlich halb tot über sie, sie war die komische Alte in diesem kriegerischen Schauspiel. Sie konnte und wollte nicht begreifen, daß alles nur Schein war. „Kommen die Feinde über New York, wollen uns töten, arme Menschen, die nichts Böses getan haben, die wollen arbeiten.“ Sie konnte sich nur gebrochen verständigen. „Wer ist denn unser Feind?“ fragte sie alle Leute, die vorbeigingen. „Wir haben doch keine Feinde, das ist doch alles nur eine Übung für den Fall, daß einmal Krieg sein sollte.“ „Aber wenn sie über zum Krieg, dann denken sie, es wird auch Krieg kommen.“ „Man übt ja eben nur, damit kein Krieg kommen soll.“ „Kann ich nicht verstehen“, jammerte die komische Alte. „Wieder kommt Krieg, o weh!“ Kamerad, du hast scheinbar genau so viel Verstand, wie diese slowakische Bäuerin, die kein richtiges Englisch kann.“

Herr Fish antwortet nicht, denn wieder erblickt er Marjorie. Sie tanzt jetzt mit einem jungen Mann, ihres Jahrganges, mit dem sie zusammen die Universität besucht hatte.

Herrn Fish ist es bereits gelungen, aufzuspringen, aber weiter kommt er nicht. Er ist wieder zwischen den beiden eingekeilt, die auf ihn weiter einreden.

„Ich fange tatsächlich an, an Erscheinungen zu glauben, ich sehe schon zum drittenmal dasselbe verstörte Gesicht. Bis heute war ich überzeugt, daß Spiritismus Humbug sei.“

„Noch gut, daß man unter Schminke nicht blaß werden kann, Marjorie. Haben Sie Angst?“

„Eddie, mit Ihnen kann ich offen reden, Sie sind keine katzenhafte Freundin. Es ist wirklich langweilig, wie vorsichtig man bei

uns sein muß, wenn man Geld hat. Man sollte in Amerika wirklich nichts mit einem verheirateten Mann zu tun haben, sonst schickt uns gleich die Gattin eine gepfefferte Rechnung ins Haus.“

„Bezahlen Sie sie nicht.“

„Diesen Rat braucht man meinem Vater nie zu geben. Eigentlich wollte ich ihn in der Hand haben, er ist zu geizig, wenn es sich um etwas anderes als um sein Geschäft handelt. Ich wollte, daß er erführe, ich wüßte einiges über ihn. Es war etwas anvorsichtig. Nun taucht heute, gerade am Tage meiner Hochzeit, dieser Junge mit meinen gesammelten Briefen und allen Enthüllungen über meinen Vater bei ihm auf. Der Junge hat die Kateridee, auf diese Weise zu Geld zu kommen. Ich begreife ja diesen Wunsch, besonders wenn man viel mit Leuten zusammen war, die auch wirklich das Geld und nicht nur den Wunsch haben. Ich bin mit ihm sehr viel ausgegangen, in Nachtclubs und so. Ich glaube, es gibt Idioten, die ihm daraufhin, daß man uns zusammen gesehen hat oder auf die Briefe, Geld geliehen haben. Wir verbrachten wirklich eine amüsante Zeit. Er war für mich etwas Neuartiges, ganz anders als ihr Jungens. Er war mit der Armee drüben, hat eine Gattin, die ich nie gesehen habe. Ich bin nicht einmal sicher, ob sie nicht nur in seiner Phantasie lebt. Er bemerkte so vieles, was mir früher nicht auffiel. Aber was nützt ihm das! Es wird ihm zu keinem Erfolge verhelfen. Ich finde, erfolgreiche Menschen können sehr nett in Gespräch sein, aber auf die Dauer werden auch sie langweilig. Ich hätte eigentlich kaum was dagegen, wenn es zu einem Prozeß käme.“

„Aber wahrscheinlich Ihr Vater.“

„Er sagt, er würde mich enterben, wenn auch nur eine Silbe in die Öffentlichkeit käme. Dann mußte ich mich hinsetzen und eine Stunde lang Bibelsprüche schreiben.“

„Zum Totlachen.“

Frankfurt a. M.

Aus dem Gefängnis Preungesheim geht uns der folgende Notruf zu: „Genossen, wißt Ihr, was das heißt, heute politischer Gefangener zu sein? Stunde für Stunde, Woche für Woche, Monat für Monat ohne Arbeit, ohne Lesestoff in Einzelhaft verbannt zu sein? Frankfurts Bürger feiern dieses Jahr „ihren Goethe“ mit großem Getriebe. Ihre Kultur verkünden sie der ganzen Welt. Aber in den Mauern ihrer Stadt dulden sie unbeschreibliche Seelenqual. Denn anders können die Zustände im Gefängnis Preungesheim nicht beschrieben werden. Gefängnisvereine, Geistliche aller Richtungen, kommen täglich ungezählte Male nach Preungesheim und schweigen still, daß Menschen in Einzelhaft geringfügige Vergehen ohne jegliche Ablehnung verbüßen müssen. Diese sogenannte Intelligenz sollte nicht wissen, wie verheerend diese Bruterei auf die Strafgefangenen und bei ihrer Entlassung auch auf ihre Angehörigen wirkt? Überall wird in großen Tönen von Gefängnisreform geredet. Diese mittelalterliche Einrichtung — Einzelhaft ohne Arbeit oder Lektüre — könnte mit einem Federstrich von der Strafvollzugsbehörde geändert werden, wenn man wollte!

Einheitsfrontaktion des SJV. An die Sozialistische Arbeiterjugend, den Kommunistischen Jugendverband, die Naturfreunde-Jugend, die Reichsbanner-Jugend, die Sportler-Jugend, die Gewerkschafts-Jugend und an die Jungangestelltegruppe des ZdA in Frankfurt a. M. ist vom SJV Groß-Frankfurt folgendes Schreiben gerichtet worden: „Liebe Genossen und Genossinnen! Gelegentlich eines Wochenendkurses des SJV Frankfurt a. M., der unter anderem auch das Problem der proletarischen Einheitsfront zum Gegenstand hatte, kam aus dem Kreise der Teilnehmer die Anregung, den Versuch zu machen, die Funktionäre aller wesentlichen proletarischen Jugendorganisationen Ffm.'s zu einer gemeinsamen Aussprache über das Thema „Wie kommen wir zur proletarischen Einheitsfront?“ zusammenzuführen. Dieser Versuch einer Verständigung über die Frage, die uns heute allen auf den Nägeln brennt, ist nur dann zu verwirklichen und nur dann sinnvoll, wenn auf allen Seiten wenigstens der gute Wille vorliegt, alle Voreingenommenheiten, Vorurteile und jede dogmatische Starrheit beiseite zu stellen und mit Sachlichkeit und Kameradschaftlichkeit zu diskutieren. Wir sind optimistisch genug, zu glauben, daß es — trotz aller inneren und äußeren Hemmnisse und Widerstände — möglich sein wird, jenseits der traditionellen Gehässigkeit und eines engherzigen Parteipatriotismus die Funktionäre des Frankfurter Jungproletariats zu kameradschaftlicher Diskussion zu vereinigen. Wir machen nun folgenden konkreten Vorschlag: Die oben bezeichneten Organisationen veranstalten einen gemeinsamen Wochenendkurs über das Thema „Einheitsfront“, zu dem jede Organisation je fünf Genossen delegiert. Die Leitung des Kurses liegt in den Händen eines parteipolitisch nicht gebundenen Genossen. Solltet Ihr bessere Vorschläge haben, so soll uns das nur recht sein. Auf jeden Fall aber erwarten wir umgehend Eure Stellungnahme zu diesem Schreiben.“

Die Freie Turnerschaft Nord hielt ihre Jahreshauptversammlung ab. Wie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen war, hat die Wirtschaftskrise auch den freien Turnern böses mitgespielt. 40 Proz. der Mitglieder sind erwerbslos. Trotzdem ist das Jahresprogramm — allerdings mit großen Opfern — durchgeführt worden. Auch den politischen Stürmen der letzten Monate hielt die Freie Turnerschaft Nord dank der geschickten Leitung des Vorsitzenden, Genossen Ph. Knieß, tapfer stand. In allen Sparten ist eine deutlich sichtbare Aufwärtsentwicklung festzustellen. Allerdings schließt die Kasse mit einem ziemlich beträchtlichen Manko ab. Der Verein hat in den beiden letzten Jahren von seinen Reserven gezehrt. Es wird die sicherlich nicht sehr beneidenswerte Aufgabe des Vorsitzenden sein, im kommenden Jahr Mittel und Wege zu finden, um den Etat auszubalancieren.

Die Freie Turnerschaft Nord, mit der stärkste und führende Verein in Frankfurt, gehört zu den wenigen Arbeiterorganisationen, an denen jede Spaltungs- und Zersetzungsabsicht von vornherein durch richtige, klare und eindeutige politische Einstellung und tatsächliche Wahrung von Ueberparteilichkeit scheitern muß.

Kapitel Elsässer zu Ende. Bekanntlich sollte Professor Elsässer wegen Ueberschreitung der Kostenvoranschläge haftbar gemacht werden. Professor Elsässer scheidet nun aus den Diensten der Stadt endgültig aus. Die Stadt verzichtet auf Regreßansprüche. Professor Elsässer erhält noch 9000 M. mit auf den Weg. Es stellte sich bei der Beratung im Hoch- und Hauptausschuß heraus, daß der Oberbürgermeister seinerzeit Herrn Prof. Elsässer Versorgungsrechte zugestand, von denen die Stadtverordneten keine Ahnung hatten. Der Hauptausschuß mißbilligte das Verhalten des Oberbürgermeisters.

Dingeldey über den Weg der deutschen Politik. Volkspartei und Stahlhelm veranstalteten eine Kundgebung mit Dingeldey als Redner. Kriegervereinsgestalten, Nazimataidoren und bürgerliche Spießherren im trauten Verein beieinander. — Dingeldey entwickelte das imperialistische, arbeitfeindliche Programm des Großkapitals. Deutschland, Europa, ja die ganze Welt leiden nach ihm unter der gegenwärtigen Krise nur deswegen, weil Frankreich Europa und die Welt unterjocht. Das französische Joch müsse abgeschüttelt werden. Der nationale Widerstand sei zu organisieren. Die Wareneinfuhr vom Ausland soll gedrosselt werden. Also: verstärkte Zollpolitik, um dem Kapital das Durchhalten auf Kosten der Arbeiter erleichtern. Für „schrankenlosen“ Parlamentarismus hat Herr Dingeldey nichts übrig, selbst wenn dieser „schrankenlose“ Parlamen-

Vorstoß in die Mainzer Vororte

Die Unterbezirksleitung Rheinhesen der SAP hat im Laufe der vergangenen Woche in den Vororten von Mainz eine Reihe von öffentlichen Versammlungen durchgeführt, die fast durchweg einen vollen Erfolg für die Partei brachten.

In Versammlungen in Mainz-Kostheim und Mainz-Mombach erschienen trotz Fernbleibens der eingeladenen örtlichen Parteiorganisationen der SPD und KPD eine Anzahl mit der Partei sympathisierender Arbeiter, die aufmerksam und beifällig die Ausführungen der Referenten — Gen. Quessel-Darmstadt in Kostheim und Gen. Sevensch in Mombach — aufnahmen.

Wesentlich besser war eine Versammlung in Mainz-Bretzenheim. Auch hier verfaßte die SPD das Erscheinen, während die KPD gut vertreten war. Die Versammlung, in der Genossin Frieda Rudolph, Offenbach, sprach, war von 250 Personen besucht. Sie nahm einen sehr guten Verlauf. Für die Kommunisten sprach Genosse Baumann, Mainz. Trotz der hämischen Bemerkungen der Mainzer „Volkszeitung“ stellen wir fest, daß diese Versammlung zweifellos weit mehr der Einheitsfront des Proletariats gedient hat, als alle „Eiserne Front“-Parolen der SPD-Zeitung. Entschieden müssen wir aber die Behauptung der „Volkszeitung“ zurückweisen, daß die Genossin Rudolph in der Versammlung für die Spaltung der Gewerkschaften eingetreten sei. Das Gegenteil ist nämlich richtig. Unsere Referentin hat den Kommunisten schwere Vorwürfe gemacht, weil sie die Gewerkschaften gespalten haben. Sie hat lediglich einer Revo-

lutionierung der Gewerkschaften das Wort gegeben.

Der letzte Freitag sah zwei Versammlungen in Mainz-Weisenau und Gonsenheim. In der ersten Versammlung sprach der Genosse Portune, Frankfurt, in überaus sachlicher Weise über das Thema „Wie schaffen wir die Einheitsfront des Proletariats?“. Die SPD hatte nur einen Zwischenrufer in die Versammlung entsandt, der mit seinen naiven und unsachlichen Bemerkungen seine Partei der Lächerlichkeit preisgab. Der kommunistische Redner Baumann, Mainz, versuchte, eine Resolution gegen die SAP einzubringen, mit der er aber bei der Versammlung keinen Anklang fand.

Auch die Versammlung in Gonsenheim verlief erfolgversprechend für die SAP. Die Genossin Sevensch konnte in einem ausgezeichneten Referat die Versammlungsbesucher bis zum Schluß fesseln. Der kommunistische Diskussionsredner Lucas, Gonsenheim, war wohl einer der sachlichsten Redner, den die KPD bisher in unsere Versammlungen entsandt hatte. Er gestand sogar, daß die KPD einen großen Fehler gemacht habe, als sie zur Spaltung und Zerschlagung der Gewerkschaften aufgefordert habe. Die Versammlung endete mit einem großen Erfolg für den Gedanken der proletarischen Einheitsfront. Die Kommunisten brachten nach gemeinsamem Gesang der „Internationale“ ein dreifaches freundschaftliches „Rotfront“ auf die SAP-Genossen aus, das von unseren Genossen mit „Freundschafts“-Grüßen erwidert wurde. Aufnahmen in die Partei bilden das sichtbare Zeichen unseres Vormarsches.

tarismus derart kastriert ist wie der gegenwärtige Reichstag. Dingeldey zieht eine vom Parlament unabhängige Regierung vor. Was irgendwie nach Sozialismus schmeckt, macht Herrn Dingeldey Sorgen. Das gilt selbst von Nazi-Sozialismus. So meinte er: „Wirtschaftlich“ gesehen, ist das sozialistische wirtschaftliche Denken die Absage an die Ordnung der Dinge, unter denen Deutschland großgeworden ist und allein wieder groß werden kann. Ich habe den Eindruck, daß auch der Führer der nationalsozialistischen Bewegung dafür volles Verständnis gewonnen hat. Die große Frage, vor der er steht, ist doch die, ob es möglich ist, Millionen von Menschen mit sozialistischen Agitationsparolen einzufangen und sie dann vor einer völlig anderen wirtschaftlichen Ordnung einzusetzen.“ Das ist deutlich! Dingeldey und die Seinen fühlen sich trotz Nazi-Sozialismus nicht wohl. Man muß die Proleten ablenken. Drum nationalstischer Rummel, nationale Einheitsfront: „Die gegenwärtige Zeit muß genutzt werden, um die breite nationale Front zu schaffen. Deshalb glaube ich, daß in diesem Augenblick der Reichskanzler vor der historischen Bedeutung des Entschlusses steht, freiwillig den Reichspräsidenten aufzufordern, diese Front aufzurufen zum Widerstand. Sollte dies nicht geschehen, dann führt der Weg dahin, daß jene gewaltige Millionenbewegung mit dem revolutionären Willen neben dem vaterländischen Willen, daß diese Bewegung immer weiter in die heiße Leidenschaft der negativen Agitation und Opposition gegen den Staat hineingetrieben wird, bis zu dem Augenblick, wo die Führer nicht mehr Herr der Geführten sein werden.“ Auf gut Deutsch heißt das: Dingeldey fürchtet, die Naziproleten könnten den Anstoß an die revolutionäre Arbeiterbewegung finden.

Deshalb Schwertergerassel und nationale Einheitsfront. Dingeldey forderte zur Bildung der nationalen Einheitsfront auf. Setzen wir ihr die rote Einheitsfront entgegen!

Vom Arbeitsgericht. Die Brotfabrik Osthafen wollte fünf Bakern die Ofenzulage entziehen. Sie verrichteten keine Ofenarbeit im Sinne des Tarifvertrags, meinte die beklagte Firma; denn die Arbeit könne von jedem ungelerten Arbeiter geleistet werden. Das Gericht nahm eine Besichtigung des Betriebes vor. Es kam zu der Auffassung, daß die Ofenarbeiterzulage zu zahlen sei.

Mainz

Eltern, schickt eure Kinder in unsere Kindergruppen! Nun ist auch in Mainz eine Ortsgruppe der Reichsvereinigung sozialistischer Arbeiterkinderfründe im Werden. Im Vorort Mainz-Kostheim haben wir bereits Fuß gefaßt: Dort haben wackere Helfer die erste Kindergruppe der SAP in Hessen aufgebaut. Auch in Mainz sind die Vorbereitungen dazu im Gange. Unsere Parteigenossen müssen es als ihre Pflicht betrachten, die Kinder unserer Gruppen zuzuführen. Anmeldungen sind sofort in der Geschäftsstelle der SAP in Mainz, Emmeranstraße 22, abzugeben.

„Rotes Jungvolk“ Mainz-Kostheim. Die Gruppenabende der hiesigen Arbeiterkinderfründe finden jetzt regelmäßig in der Siedlungsschule Donnerstags von 18 bis 19 Uhr statt.

Wieder einmal Unterschlagungen bei der Stadtkasse. Nachdem erst vor wenigen Tagen die Pressestelle der Stadt Mainz ein Gericht demontiert hat, wonach ein städtischer Beamter des Wohlfahrtsamtes Unterschlagungen gemacht und darauf Selbstmord verübt habe,

Zwei Reden über Rußland

Pfarrer Eckert über seine Rußlandreise

Die Kommunistische Partei hatte zu einer Versammlung im Hippodrom zu Frankfurt eingeladen. Redner: Pfarrer Eckert aus Mannheim. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht. Eckert sprach temperamentvoll und klar. Im Gegensatz zu sonstigen kommunistischen Referenten blieb er stets sachlich. Bevor er nach Rußland hinübergefahren sei, so schilderte er, habe er den Vorsatz gefaßt, alles kritisch zu werten. In Rußland sei das, was für uns noch Traum sei — der Sozialismus — schon Wirklichkeit. Folgende Tatsachen bewiesen die gesellschaftliche Umwälzung in Rußland: die Macht im Sowjetrußland sei in den Händen des russischen Volkes. Es gäbe kein Privateigentum mehr. Die Klassen-schichtung habe aufgehört. Der Ertrag der Arbeit käme allen zugute. In Rußland herrsche kein Parteiklüngel, sondern das werktätige Volk, die Sowjets, die jedes Jahr neu gewählt würden, entschieden über das Wohl und Wehe des Landes. Die Massen der Betriebsarbeiter und Bauern seien bewaffnet. Die Betriebs-gesinnung sei anders als bei uns. Man triebe keinen Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft. Es bestünde eine ausgezeichnete Fürsorge in Rußland. Für kranke Menschen würde alles Erdenkliche getan. Man schicke sie bis zu ihrer Heilung in Sanatorien. Besonders viel tue man für schwangere Frauen. Ebenso gewaltig wie in der Industrie sei der Umschwung in der Landwirtschaft. Die Kollektivierung sei bereits bei einem wesentlichen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe durchgeführt.

Pfarrer Eckert schloß mit der Aufforderung, es den Russen gleichzutun. Dazu sei nötig: eine geschlossene rote Front.

„Fünfjahresplan der Sowjetunion“

So lautete das Thema, über das O. Zienauerlin von den Funktionären des ADGB refe-

rierte. Der Versuch, den Fünfjahresplan durchzuführen, sei der Versuch, den Gedanken der sozialistischen Planwirtschaft zu realisieren. Man habe den Fünfjahresplan mit großer Energie in Angriff genommen. Im ersten Jahr sei es gelungen, die Produktion in der Industrie um 23,2 Prozent, in der Landwirtschaft um 13 Prozent zu erhöhen. 1929 sei die innerwirtschaftliche Entwicklung denkbar ungünstig gewesen. Hieran sei vorwiegend die Getreide-Mißernte schuld. Es sei zu Ernährungsschwierigkeiten gekommen. Die Bauern hätten sich gleichzeitig gegen die Kollektivierung gewehrt. Die Regierung sei dadurch in die größten Schwierigkeiten gekommen. Um die Verwirklichung des Fünfjahresplanes zu forcieren, habe man die Arbeitszeitgesetzgebung durchbrochen. Ein sogenannter sozialistischer Wettstreit sollte die Arbeiter zu Mehrleistungen anfeuern. Der Erfolg sei schwach gewesen. Man habe auch die Freizügigkeit der Arbeit aufgehoben, ebenso die staatliche Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge. Trotz Verknappung der qualifizierten Arbeitskräfte gäbe es in Rußland Arbeitslose. Die Masse der Arbeitslosen sei gezwungen, Arbeit zu allen Bedingungen anzunehmen. Durch die Revision des Tarifwesens habe man das Lebensniveau der Arbeiter herabgesetzt. Das Jahr 1930 habe nicht die Erfüllung gebracht. Abschließende Ziffern lägen jedoch nicht vor. Bestenfalls würde der Plan bis zu 80 Prozent verwirklicht. Nur unter Aufgabe des absoluten Lebensstandards sei die Durchführung des Fünfjahresplanes möglich.

Zwei Reden — zwei Welten. Der deutsche nationale Professor Hoetzsch hätte gewiß eine sowjetfreundlichere Rede als der Gewerkschaftsbürokrat gehalten. Wir haben Kenntnis genommen.

wird jetzt von der städtischen Pressestelle bekanntgegeben, daß in den letzten Tagen bei der Stadtkasse Verfehlungen eines Verwaltungsbeamtens aufgedeckt wurden. Der betreffende Beamte habe im vergangenen Jahre einem Kassenbeamten Gelder aus der Kasse entwendet und zur Verschleierung dieser Entwendungen falsche Bucheintragungen gemacht. Die Höhe der Entwendung beläuft sich, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, auf etwa 1700 Mark. Die Untersuchungen sind noch im Gange. Der Beamte namens Heeb ist sofort seines Dienstes entbunden worden.

Darmstadt

Tragikomödie um die Einheitsfront. „Auf Ihr Schreiben vom 15. d. M. erwidern wir Ihnen das Folgende: Der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und seine Unterabteilung, das Jungbanner, lehnt es ab, sich an der „gemeinsamen Besprechung“ zwecks Gründung eines „Einheitskomitees“, wie Sie es verstehen, zu beteiligen. Wir müssen es aus diesem Grunde schon ablehnen, da wir es nicht verantworten können, in der heutigen schweren Zeit sich mit einer Organisation an einen Tisch zu setzen, die den Versuch unternommen hat, in einer Zeit des „dauernden Wachstums des Faschismus“ die größte republikanische Partei, die Sozialdemokratie, in unverantwortlicher Weise zu spalten. Wir sehen heute nur in der Organisation die Möglichkeit, den Faschismus wirksam zu bekämpfen, hinter der auch Massen stehen, und das ist die „Eiserne Front“. Weitere Einladungen an uns sind vollkommen zwecklos. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Darmstadt. Der Vorstand. I. A.: Munkelt.“ — Das war die Antwort des Jungbanners auf die Anregung unseres SJV. In gleichem Sinne, wenn auch nicht in so scharfer Formulierung, äußerte sich die ZDA-Jugend. Zustimmung der Erklärung dagegen liefen ein von der Naturfreunde-Jugend, der Anarcho-Syndikalistischen Jugend und erfreulicherweise auch von der SAJ. Die kommunistische Jugend zögerte zunächst ihre Antwort etwas hinaus. Am 26. 1. ging unseren Jugendgenossen dann eine Einladung zu einer kommunistischen Jugendversammlung zu, in der Antwort auf den Vorschlag gegeben werden sollte. Anstatt also dem Faschismus in einer Massenkundgebung aller proletarischen Jugendverbände ein machtvolles Signal vom Kampfeswillen der proletarischen Jugend zu geben, wird eine enge Parteiktion der KJ durchgeführt. Das Ergebnis war dann auch danach. Der KJV war so gut wie unter sich. Die vier anderen Verbände lehnten jede Unterstützung einer solchen Parteiktion ab und blieben fern. In einem gemeinsamen Schreiben formulierten sie ihre Verurteilung des kommunistischen Vorgehens. Genosse Jahn vom SJV wurde beauftragt, dieses Schreiben in der kommunistischen Versammlung zur Vorlesung zu bringen. Die Versammlung konnte jedem ehrlichen Kämpfer bittere Zweifel an der Möglichkeit einer Einheitsfront aufkommen lassen. Obwohl Genosse Jahn ganz allein erschienen war, hielt er der Versammlungsleiter für notwendig, schon vor Beginn des Referats Stimmung gegen unseren Genossen, „den bekannten Demagogen“, zu machen. Im Antwortschreiben der KJ, das anschließend verlesen wurde, finden sich Wendungen wie „faschistische Front von Hitler bis Seydewitz“, „die Führung der SAP sekundiert an der linken Seite der Hindenburgfront“ und ähnliche Anwürfe. Das Referat selbst war eine einzige Polemik gegen die SAP. „Wir wollen keinen Einheitsbrei mit SJV, Syndikalisten und all dem Mist“, äußerte die Referentin im Schlußwort. Und achtzig Jungkommunisten klatschten fanatisch Beifall. Eine Komödie fast, wenn es nicht so tragisch wäre.

Dortmund-Marten

Einheitsfront aller Arbeiterparteien zur Reichspräsidentenwahl. Nachdem uns kurz vor dem „Weihnachtsfrieden“ eine öffentliche Versammlung polizeilich nicht genehmigt worden war, konnten wir am 30. Januar unsere erste öffentliche Versammlung mit der Genossin Wiechmann, Berlin, durchführen, die gut besucht und ein voller Erfolg war. Die SPD hatte aus Angst für dieselbe Zeit eine öffentliche Versammlung ins Brammische Lokal einberufen. Sie mußte jedoch feststellen, daß sie keine öffentliche, sondern nur eine Mitgliederversammlung arrangiert hatte. Die Martener Bevölkerung war dem Rufe der SAP gefolgt. Genossin Wiechmann sprach über das Thema „Was will die SAP und wie bekämpfen wir den Faschismus?“ Mit größter Spannung verfolgte die Versammlung ihre Ausführungen, und gar mancher Versammlungsteilnehmer hat sich eines Besseren belehren lassen. Zur Diskussion meldete sich nur Genosse Naujoks von der KPD. Er erhielt vom Versammlungsleiter beliebig lange Redezeit und mißbrauchte sie dazu, um in lügenhafter, gemeiner Art und Weise die SAP herunter zu reißen. Mit keinem Wort ging er auf das Referat ein. Er mußte sich dann auch mit Recht von der Genossin Wiechmann sagen lassen, daß er sich etwas mehr politische Schulung aneignen möchte. Der Versammlung wurden zwei Resolutionen vorgelegt. Die eine kam von der KPD und sprach sich für Thälmann als Reichspräsidentenwahlkandidaten aller revolutionären Arbeiter aus, die andere war von der SAP eingebracht und lautete: „Die heutige SAP-Versammlung verlangt, daß alle revolutionären Parteien auf schnellstem Wege sich einigen in der Abstimmung eines Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl. Nur auf diesem Wege ist es möglich, den Ansturm auszuhalten, der uns von seiten der Faschisten bevorsteht.“ Mit starker Mehrheit wurde die SAP-Resolution angenommen. Mehrere Neuaufnahmen waren der äußere Erfolg der Versammlung. — Am 15. Februar spricht im Lokal Kortmann Genosse Seydewitz in öffentlicher Versammlung.

Sportschau der SAZ

Freikörperkultur — Matinee der Schule Adolf Koch

Das gesellschaftliche Sein des Menschen ist bedingt durch die Wirtschaftsform, in der er lebt, eine andere Wirtschaftsform, eine andere Gesellschaftsordnung ändert den Begriff der Moral, revolutioniert den Menschen selbst. Den Menschen in der alten Gesellschaft schon zu einem neuen, freien, zu erziehen, das ist eine wahrhaft revolutionäre Tat. Das zu tun hat sich die klassenbewußte Arbeiterschaft in der sozialistischen Kulturbewegung zusammengefunden.

Ein Teilgebiet sozialistischer Kulturarbeit ist die Freikörperkultur. Es ist das Gebiet, das wohl am schwersten zu beackern ist. Erziehungseinflüsse sind zu überwinden und der Widerstand „nationaler und christlicher“ Kreise, deren Kampf in dieser Beziehung mit Sachlichkeit kämpft, aber auch nichts gemein hat, der eben nur gemein ist. Adolf Koch hat sich nicht verdrängen lassen, sein Kreis ist gewachsen und wächst, und daß er Sympathie und Helfer findet im weitesten Kreis sozialistischer und freiheitlich gesinnter Menschen, das hat die ausverkaufte prächtige Veranstaltung bewiesen.

Der Tonfilm „Heilende Hände“ mag — wie Genosse Koch selbst sagte — keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, und kann es nicht, aber er hat einzigartige, lehrreiche Photographien und ist imstande, mit seinen Bildern von der fortgeschrittenen Heiltechnik Kranken neuen Mut zu geben. Wäre nicht das schon genug? Und die Forderung zum Schluß „Beugt vor“ mit Bildern von der Tätigkeit der Schule Koch leitete über zum gymnastischen Teil.

Freikörperkultur-Gymnastik ist nicht Freübung, es ist Rhythmus des Körpers, Ausgleich, Aufbäumen gegen alle Einflüsse einer falschen Moral, gegen alle körperlichen und seelischen Unterdrückungen dieses Daseins, und man könnte ihr Ausdruck geben in dem einen Satz:

„Es ist doch schön, Mensch zu sein!“

Gen. Dr. Marcuse, der Sozialhygieniker von Welfrut, einer von den Alten, die sich völlige körperliche und geistige Frische bewahrt haben, sprach kluge Worte über den Sinn der Freikörperkultur und ihre Aufgabe in der heutigen Zeit. Man hätte seinen Worten gern noch viel länger gelauscht.

Sie war für viele ein Erlebnis diese Matinee, und wir freuen uns schon auf den 10. April, wo im Großen Schauspielhaus im größeren Rahmen eine ähnliche Veranstaltung stattfindet.

Aus dem Mainz-Wiesbadener Gebiet

Verbandsspiele gab es diesmal fast keine mehr. Nur der V.f.L.-Mainz sah in seinem letzten Spiel Kreuznach 22 bei ihm als Gast. Mainz vermachte auch diesmal nicht sich durchzusetzen und verlor das Spiel mit 0:1-Toren.

Reger war der Spielbetrieb mit Freundschaftstreffen. Mainz-Turner hatte die im Klasse höher spielenden Wiesbaden-Dotzheimer zu Gast. Die erste Elf des Platzbesizers konnte eine Bombenüberraschung zu Stande bringen. Sie gewann sehr hoch mit 11:1. Auch die Mainzer Zweite siegte gegen die gleiche von Dotzheim mit 2:0, während die dritte Mannschaft des Lokalgegners, V.f.L. Zweite ein Unentschieden — 2:2 — lieferte. Die Mainzer Turnerschaft siegte schließlich 3:0 gegen die Jugend von Mainz-Bretzenheim. Bretzenheims „Erste“ spielte gegen Wiesbaden-Rambach, das sie mit 5:2 abfertigte. Die 2. Mannschaften beider Vereine trennten sich mit einem 6:1-Sieg für

Bretzenheim. — Eine nicht minder große Überraschung gab es in Mainz-Ginsheim, wo der aus der Kreisklasse abgestiegene Mainz-Mombacher Verein eine 4:1-Niederlage erlitt. Jugendmeister wurde Astheim, das sein Entscheidungsspiel gegen Kreuznach 22 knapp, aber sicher 3:2 gewinnen konnte.

Hessen und Hessen-Nassau Die Fußballkreismeisterschaft wieder offen — Nauheim verliert in Frankfurt

Am Sonntag wurde der Favorit Nauheim in Frankfurt vom VfL 13 erstmalig geschlagen, 3:2 hieß das Ergebnis. Man hätte von den Gästen bedeutend mehr erwartet.

Im zweiten Spiel hielt sich Frankfurt-Bockenheim mit 3:5 in Egelsbach besser als erwartet. Nach ausgeglichener erster Hälfte (2:2) konnte der Platzverein erst nach hartem Kampfe zum Siege gelangen. — In der Tabelle führt nun Egelsbach ungeschlagen mit 7:1 Punkten vor Nauheim (5:3), VfL 13 (4:4) und Bockenheim.

Bezirkmeisterschaftsspiele: 1. Bezirk: Fr. Tgde. Darmstadt—Fr. TuSV. Trobur 2:2; 2. Bezirk: Fr. TuSp. Vg. Frankfurt-Rodelheim—ATu.SV. Frankfurt-Niederrad 5:0.

Privatspiele im 5. Kreis: Fr. T. Frankfurt-Nord—ASV. Westend-Frankfurt 2:3; FSV 91 Ffm. Sachsenhausen—Vorwärts Neu-Isenburg 1:1; Arheilgen—Stoßstadt 8:2; Gießen—Wetzlar 9:1; Münster-Weiskirchen 5:1; Altenstadt—Erbstadt 2:2; Niederwöllau—Heldenbergen 4:5.

Auch in der Handballmeisterschaft eine Überraschung — Oberrodern holt auf!

Das Blatt hat sich mit dem vergangenen Sonntag erneut gewendet: Oberrodern holte

sich mit 3:1 in Bockenheim die ersten Punkte. Darmstadt braucht allerdings in Oberrodern nur unentschieden zu spielen, um Meister des 9. Gaukreises zu werden. — Zu dem Frankfurter Großkampf ist zu sagen, daß sich die Gäste durch produktives Stürmerspiel bis Halbzeit einen 2:0-Vorsprung erkämpften, um nachher sogar auf 3:0 davonzuziehen. Erst im Endspurt gelang Bockenheim das Errentor.

Privatspiele: F.T. Frankfurt-Nord—Sprendlingen 7:2; Fichte-Frankfurt—FSV 91 Ffm. Sachsenhausen 0:4; Griestheim b. D.—VfL 13 Frankfurt 5:5; Forchheim—Fr. T. Offenbach 3:4; Dietsheim—Neu-Isenburg 9:3; Arheilgen—Mühlheim 5:2.

Aus dem Lausitzer Handballager

Die Handballspieler hat das Vorfrühlingswetter herausgelockt zu den ersten Spielen, die recht flott waren. Leutersdorf I spielte gegen Neugersdorf (Ebersbach) komb. 7:0 (2:0). Leutersdorf in neuer Aufstellung konnte sowohl im Zuspil als auch im Tempo gut gefallen. Der Gegner war wohl gut zusammengesetzt, konnte aber vor dem Tor nie so richtig zur Entfaltung kommen. Neugersdorf I konnte dann gegen Ebersbach 1 ein 4:2 (1:1) erzielen. Beide Mannschaften traten in veränderter Aufstellung an. Nach längerem Mittelfeldspiel gingen die Neugersdorfer in Führung, dem sich sofort der Ausgleich anschloß. Nach Wechsel nahm das Spiel an Tempo zu. Mit 12:2 triumphierte schließlich Zittau 1 über Hartau 1.

Das sächsische Kreismeisterschafts-Ueberraschungsspiel

Niederhaßlau-Riesa unentschieden 4:4

Die Niederhaßlauer hatten Unglück insofern, als außer dem Rechtsaußen, der bereits die zwei ersten Kreismeisterschaftsspiele nicht mitmachen konnte, auch noch im letzten Augenblick der Torwart krank wurde. Sie mußten also zwei wichtige Posten neubesetzen.

Prächtig war das Wetter, als die 5000 Zuschauer zusammenströmten, und prächtig war auch der Kampf. Interesse erregten die Risaer, alles blutjunge, kräftige Sportlergestalten. Niemand wohl hatte erwartet, daß sie so ein ausgeglichenes Spiel liefern würden. Und doch bewiesen sie, was sie konnten.

In der ersten Viertelstunde waren sie überlegen, und schon in den ersten Minuten wäre ein Erfolg fällig gewesen, wenn sich die Stürmer nicht so überhastet hätten. In der 22. Minute aber brachte Niederhaßlau durch Schrägschuß seines Rechtsaußen ein Tor, aber kaum zwei Minuten später hatte sich Riesa durch seinen Mittelstürmer revanchiert. In der 41. Minute konnte der Halbrechte Niederhaßlauer wiederum einen schönen Erfolg anbringen. Mit diesem Stand wechselte man die Seiten. Als dann Niederhaßlauer Halbrechter noch ein drittes Tor in der 53. Minute schaffen konnte, hielt man ihn für den rechten Mann, den Sturm im Schwung zu halten. Aber man täuschte sich. Er sowohl wie die beiden Innenstürmer standen jetzt mehr im Spielfeld, als sie liefen, und überließen den Flügelstürmern die Arbeit. Und da die Risaer immer schneller wurden, war es kein Wunder, daß bald das zweite Tor und sieben Minuten später sogar der Ausgleich fällig war. Das war bitter für die Niederhaßlauer. Aber der linke Verteidiger war tüchtig, schaffte den Ball immer wieder vor, und einmal konnte er ins Gegentor weitergeleitet

werden. Doch nicht lange dauerte Niederhaßlauer Führung. Straßstoß für die Gäste, Abwehr, dann doch noch Tor. 4:4. So war es und so blieb es auch bis zum Schluß, wobei es allerdings noch recht spannende Momente gab.

Riesa hat also gezeigt, daß Leipzig und Zwickau nicht allein über die Kreismeisterschaft verfügen können. Durch das Endspiel wird die Spannung bis zum letzten Kreismeisterschaftsspiel wachgehalten. Selbst wenn Leipzig nächsten Sonntag gegen Riesa gewinnt, kann man deswegen noch keinerlei Vor-schußlobernen verteilen.

Durch das Kreismeisterschaftsspiel in Niederhaßlau traten die sonst im Zwickauer Bezirk durchgeführten Spiele weit an Bedeutung zurück. Netzschkau schlug im Wiederholungsspiel Vielau (Endspielgegner um die Bezirksmeisterschaft) nach spannendem Kampf 5:1. Das Ergebnis hat aber auf die Tabelle keinerlei Einfluß mehr. — Schneeburg vom 7. Bezirk enttäuschte in Crimmitschau mächtig. Nach weniger rühmlichem Verlauf blieb Crimmitschau mit 8:1 überlegenem Sieger. — Planitz-Zwickau brachte nur ganz mäßigen Sport und Planitz mit 2:0 die Oberhand. — Calnsdorf-Oberhohndorf zeigten ein typisches Kampfspiel, das Oberhohndorf schließlich mit 2:3 gewann. — Reichenbach-Pöglau war dank guter Stürmerleistungen der Reichenbacher schon zur Halbzeit so gut wie entschieden. Endresultat 5:1. — Wilkau-Marienthal brachte es zu keinen gerade überzeugenden Leistungen. Der schubkräftigere Wilkauer Sturm entschied es aber 8:3 für Wilkau. — Neuschönburg-Mülsen Neias 1:1. Der aufgeweckte Platz ließ beide nicht recht zur Entfaltung kommen.

Lengsfeld behauptete sich mit 1:0 über Brockau. — Wiesenburg I-Zwickau-Nord II trennten sich mit 4:4. Wiesenburg arbeitet sich wieder einpur. — Crimmitschau II konnte wider Erwarten Steupleis I mit 5:2 schlagen. — Hartensdorf I-Wilkau II trennten sich nach ausgeglichendem Verlauf entsprechend 1:1. — Schönfels I-Reichenbach II 2:2. Die Halbzeitführung 2:0, konnte Schönfels trotz Überlegenheit nicht halten.

Kleine Sportnachrichten

Bekanntmachung des Bezirksvorstandes. (Zwickau und Umgebung.) Serien-Fragebogen sofort einsenden. Wor bis zum 3. Februar nicht gemeldet hat, kann an dem Serien nicht teilnehmen! V.f.L. Planitz: Freitag, 21 Uhr, Gesamtvorstandssitzung S.V. Moabit (Arb. J. u. Sp. h.) Wasser-Sport-Sparte: Sitzung am Mittwoch dem 3. Februar, pünktl. 20 Uhr, im Lokal „Zum Laubfrosch“, Stromstr. 60. Gäste willkommen. Karu- sowie Fußballfahrer werden noch aufgenommen. Bootstünde in Jorsfelde sind noch frei. Sämtliche Anfragen sind zu richten an Gen. Paul Quednau, NW 21, Wilsnacker Straße 19.

Organisationsnachrichten SAP

Bezirksverband Berlin: Mittwoch, 3. 2., 19 Uhr, engere Bezirksvorstandssitzung, Hohenzollernkorsu 67. Bezirksverband Berlin: Donnerstag, 4. 2., 20 Uhr, Groß-Berliner Funktionärversammlung im Orpheum, Hasenheide 32/38. Ortsgruppe Köpenick: Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, Funktionärsitzung im Lokal Augustin, Rosenstraße. Ortsgruppe Friedrichshagen: Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, Abteilungsversammlungen in folgenden Lokalen: Abt. 2 bei Br. uer, Paul-Singer-Str. 39, Abt. 4 bei Krugmann, Memeler Str. 63, Abt. 5 bei Kullas, Samariter-, Ecke Dolziger Straße, Abt. 7 bei Beier, Eberty-, Ecke Matternstraße, Abt. 8 bei Barthel, Landsberger Str. 116. Ortsgruppe Pankow: M.-V. Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, im Lokal Lehmann, Mühlenstr. 38, Ecke Maximilianstraße. Gen. Aufracht spricht über SAP und Gewerkschaften. Ortsgruppe Treptow: Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, im Lokal Rother, Kiehlholzstr. 35. Gen. Thieme spricht über internationale Wirtschaft. Wahlen. Bildung der Abteilung Treptow. Ortsgruppe Tiergarten, Abt. West: Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, M.-V. im Lokal Flotwell-, Ecke Steglitzer Straße. Thema: Kulturpolitik der SAP. Ref. Gen. Reich. Gäste mitbringen. Ortsgruppe Reinickendorf: M.-V. Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, Jahresmitgliederversammlung bei Gohlke, Scharweberstraße 50, Ecke General-Barby-Straße. Berichte, Neuwahlen. Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Mittwoch, 3. 2., Abteilungsversammlungen: Abt. 17, Lokal Niedergall, Carmen-Silva-, Ecke Lychener Straße, Abt. 3/4, Lokal Reche, Metzler Str. 24. Anfang 20 Uhr. ZdA-Sektion der Staatsangehörigen: M.-V. Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Hedemannstraße 12. Neuwahlen. Ortsgruppe Neukölln: Abt. 1/3, Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, im Lokal Löffler, Weichsel-, Ecke Ossastraße, Abt. 4/5 im Lokal Damm, Hertzbergstr. 22; Abt. 6/10 im Lokal Nogaht-, Ecke Bodestraße. Pflichtveranstaltungen. Abt. Britz, M.-V. Mittwoch, 3. 2., 20 Uhr, Lokal Glück, Chaussee-, Ecke Gradestraße.

SIV

Heute, Mittwoch, 3. 2., 19.30 Uhr.

Erwerbslosenstaffel Groß-Berlin: 11 Uhr. Referat: Reparationsproblem. Ref.: Gen. Weckerle. Von 10-11 Uhr liegen Zeitungen und Zeitschriften aus. Arbeitsgemeinschaft: Von 14-16 Uhr: Strategie und Taktik der Proletariats. Großberliner Obiente-Konferenz: Heute, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Allee 34. Jede Gruppe muß anwesend sein! Ballenplatz: Heim, Tilsiter Str. 4, M.-G. Falkenberg: Heim, Gemeinschaftshaus, M.-G. Frankfurter Allee 18, Heim, Littauer Str. 18, M.-G. Lichtenberg: Heim, Dossestraße, M.-G. Siemensstadt: Heim wie bekannt, M.-G. Steglitz „Georg Ledebour“: Heim, Albrechtstr. 47a, M.-G. Westend: Donnerstag, 4. 2., Heim, Sportplatz Westend: Radikalismus in der SAP. Gruppe Lichtenberg: 20 Uhr, Heim, Mitgliederversammlung. Gruppe Frankfurter Allee: 20 Uhr, Heim, Littauer Str. 18, Mitgliederversammlung. Mitteilungen der Bezirksleitung: Agitationsschub: 18 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34. Obmannerkonferenz: 20 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34. Festauschub und Spieldruppenkollektiv: 18 Uhr, Sitzung Heim, Prenzlauer Allee 34. Thema: Roter Karvenal.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Volksstube
Tamar a. Nikolajew
D 1 Norden 2941
8 Uhr:
Der Gefangene
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 67. Waidel 3422
Mittwoch 8 u. 9 Uhr
Donnerstag 8.15 Uhr
Der Bettelstudent

Kritik an den Programmen der deutschen Sozialdemokratie
Übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“ der „Marxistischen Büchergemeinde“.
Es ist **ein Buch das jeden angeht!**
Bestellt sofort das 4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von **Anna Siemsen**
Auf dem Wege zum Sozialismus.
Preis 4 75. f. Mitglieder der MDG. 3.— RM
Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorsu 67

Leset den **Klassenkampf**
Stärkt den Presse Fonds

Tüchtiger Chauffeur
mit sämtl. Führerscheinen sucht per sofort Stellung. Sicherer In- und Auslandsfahrer, gewissenhafter Wagenpflieger (Schlosser und Elektriker). Unbestraft, absolut ehrlich, fleißig und pünktlich. Angebote unter „Chauffeur“ an die Sichel-Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16
Arbeitersportler! ASZ
lest die

Anzeigen-Werber
gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.
Nächste Provisionen, sofort bares Geld!
Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 78“ Berlin SW 48

Frankfurter „Klassenkampf“-Leser
kaufen die neueste Nummer
MONATSSCHRIFT
Der KLASSENKAMPF
sowie alle Parteiliteratur, SAZ und SWZ
Frankfurt a. M., Rudolfstr. 22

Genossen Beachtet unsere Inserate!
Bettfedern
aus erster Hand, dab. billig, Dopp. gerein., fällkräft. Pfd. graue 80 Pf. geschliss. 75 u. 90 Pf. Ropf weich 1.50. Halbdaunen 2.75, weiß 4., hoch fein 5., geschliss. weiß 3.50. Schließ-halbf. 5., Daunen 4.— 7., weiß 7.— 10.— Oberbetten, 1 1/2 schl. dicht, füll. 12.—, 14.50, 18.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—, 40.—, 50.— u. bess. Ver- geg. Nachn., vom M. 20. portofrei Nichtpass. retour Must. u. Preisliste gratis. Böhm. Bettfed.-Spezial-Haus Sachsel u. Stadler, Berlin C 459, Landsbergerstr. 43

IHR VORTEIL
ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine **LEBENSVERSICHERUNG** abschließen. Niedrige Prämienätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die **VOLKSFÜRSORGE**
Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.
Ankunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, a. d. Alster 57-61

SAP Der tägliche Vorwärtch

Viele neue Ortsgruppen

Im Bezirk Niederrhein sind in den letzten Tagen vier neue Ortsgruppen der SAP gegründet worden. Überall trat sofort eine große Mitgliederzahl den neuen Gruppen bei.

In Dresden-Reick wurde gleichfalls eine Ortsgruppe der Partei ins Leben gerufen.

Die im Dezember mit 9 Mitgliedern gegründete Ortsgruppe Gelsenau ist heute bereits 44 Mitglieder stark.

SPD verherrlicht Eckener

Die SPD wendet sich vorläufig noch in Krämpfen: Hindenburg oder Nicht-Hindenburg. Eigener Kandidat oder schon im Wahlgang Zusammengehen mit den Bürgerlichen? Auf jeden Fall ist es gut, alle Eisen im Feuer zu haben und es mit keinem der nationalen Männer zu verderben.

So denkt jedenfalls Robert Grötzsch, der Chef der ehemals „linken“ „Dresdener Volkszeitung“. Im Anschluß an die Rundfunkrede Eckeners äußert er sich enthusiastisch über den Mann, „der wirklich unter keinem Mangel an nationaler Denkart leidet“. Und trotzdem hat er's den Harzburgern tüchtig gegeben, triumphiert Grötzsch. Er hat ihnen „die Maske der Heuchelei vom Gesicht der ewigen Maulnationalen gerissen, nennt das ganze Getue der Harzburger eine Komödie, in der leider „die ganze Tragödie unseres unglückseligen Parteiaders“ stecke.“

Da haben wir also wieder einen neuen nationalen Heros der SPD. Man kann nicht wissen, wozu's gut ist, ihn rechtzeitig ausstaffieren...

Proletarische Solidarität

Die Berliner Gruppe der anarchosyndikalistischen Frauen teilt uns mit:

Der Anarchosyndikalistische Frauenbund, angeschlossen der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, hat sich in seiner Versammlung vom 26. Januar mit dem nächtlichen Naziüberfall auf die Bewohner der Laubenkolonie „Felsenck“ befaßt und beschlossen, den betroffenen Arbeiterfamilien seine warmste Sympathie zum Ausdruck zu bringen. Als Zeichen der Solidarität im Kampfe gegen den Faschismus überweisen wir gleichzeitig einige Lebensmittel für die 19 gefangenen Arbeiter. Wir protestieren gegen ihre völlig ungerechtfertigte Verhaftung und verlangen sofortige Freilassung.

Die Steuerscheu des Besitzes

Rückgang der Besitzsteuer — Erhöhung der Massensteuereingänge

Im vierten Vierteljahr des Jahres 1931 sind die Einnahmen des Reichs an Besitz- und Verkehrssteuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben von 2039,5 Millionen Mark im dritten Vierteljahr auf 1936 Millionen, also um 103,3 Millionen, zurückgegangen.

Diese Mindereinnahmen sind zurückzuführen auf die Senkung des Ertrags der Lohnsteuer auf Grund der Kürzung der Löhne und Gehälter und der wachsenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, aber auch auf die Mindereinnahmen aus dem Steuerabzug vom Kapitalertrag (um 5,4 Millionen) und der veranlagten Einkommensteuer (um 16 Millionen).

Diesen Mindereinnahmen stehen aber auch beträchtliche Mehreinnahmen gegenüber. So aus der Krisensteuer eine Mehreinnahme von 68 und aus der Umsatzsteuer um 75,1 Millionen.

Abgesehen von der Senkung der Lohnsteuereinnahmen, die eine Folge der Verschlechterung des Arbeitseinkommens der breiten Massen ist, ist die Mindereinnahme vor allem auf die geringeren Leistungen des Besitzes zurückzuführen. Sie werden zum großen Teil wieder ausgeglichen durch die Mehreinnahmen aus denjenigen Steuern, die einseitig die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung treffen, was sowohl in bezug auf die unsozialste aller Steuern, die Krisensteuer zutrifft, als auch auf die Umsatzsteuer, die restlos auf die Konsumentenmassen abgewälzt wird.

Interessant ist auch, daß im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres im dritten Vierteljahr 1931 die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben um 113,3 Millionen gesunken sind. Im Laufe dieses Zeitraums sind mehrfach sehr erhebliche Erhöhungen der Zollsätze und der Verbrauchsabgaben (Tabak-, Zündholzsteuer usw.) vorgenommen worden. Sie wirken sich, entgegen der Absicht des Gesetzgebers, nicht in einer Erhöhung, sondern in einer Verminderung der Reicheinnahmen aus.

Das Steuerbudget des Reiches zeigt deutlich, daß die unsoziale Steuerbelastung des Reichs nicht nur eine direkte Belastung der Massen darstellt, sondern auch indirekt durch ihre ungünstige Wirkung auf den Staatshaushalt zu einer Gefährdung der Wirtschaft und damit im fehlerhaften Kreislauf wiederum zu einer Verschärfung der Krise und neuer Massennot führt.

Aufstand in Ecuador

Santiago de Chile, 2. Februar.

Die Garnison von Tulcan (Ecuador) hat sich erhoben. Der übrige Land ist ruhig.

TU New York, 2. Februar.

Die Aufstandsbewegung in Ecuador brach am Montag in der Provinz Carda aus, wo ein regierungstreues Bataillon in Manabi gegen etwa 2000 Rebellen im Kampfe liegt. Der Kriegsminister erhielt vom Provinzgouverneur einen dringenden Hilferuf um Verstärkung. Der vorläufige Präsident Baquirizo Moreno hat außerordentliche Vollmachten zur Unterdrückung des Aufstandes erhalten. In ver-

schiedenen Städten sind zahlreiche Verdächtige verhaftet worden. Der Aufstand vom Montag ist nur ein Glied in einer Reihe kleinerer Bewegungen in den letzten Monaten. Die Verkehrsverbindungen wurden von den Aufständischen zerstört.

Bei den Rebellen soll es sich um Liberale handeln, die die Wahl des Präsidenten Bonifaz im August hintertreiben wollen. Sie behaupten, Bonifaz habe sie an die Konservativen verraten. Präsident Moreno kam im November 1931 aus Ruder, nachdem er seinen Vorgänger, Oberst Larrea Alba, der durch einen Staatsstreich an die Regierung gekommen war, vertrieben hatte.

Merkwürdige Abschlüsse im Siemens-Konzern

Berlin, 2. Februar.

Die beiden Siemens-Firmen Schuckert (Starkstrom) und Halske (Schwachstrom) legen soeben ihren Abschluß für das am 30. September 1931 abgelaufene Geschäftsjahr vor. An diesen vorerst nur auszugweise bekannten Zahlen ist mancherlei interessant.

Zunächst haben es die SS-Werke verstanden, die „erheblichen“ Verluste aus stillen Reserven zu decken, wobei die Herkunft dieser Reserve reichlich unklar ist. Sodann haben die SH-Werke sich entschlossen, 9 Prozent Dividende auszuschütten: im Vorjahr waren es 14 Prozent, jetzt hatte „man“, d. h. die Börse, nur 8 Prozent erwartet.

Woher das Geld für die Dividende stammt, ist nicht schwer zu entscheiden: einmal aus dem SS-Gewinn vom Jahr zuvor, der ja jetzt erst bei der SH in Erscheinung tritt, so daß aus dem nicht benötigten Anleihemitteln vom Jahr 1930. Mithilfe solcher Mittel, die nicht aus dem regulären Geschäft stammen, konnte also ein „Reingewinn“ konstruiert werden.

Dabei ist es offenes Geheimnis, daß der ungewöhnlich scharfe Konkurrenzkampf zwischen Siemens und der AEG alles andere als gewinnsteigernd sich auswirkt. Auch die Personalentlassungen, die ja stets gleich in die Tausende gehen, sprechen nicht dafür, daß das reguläre Geschäft noch Nutzen abwirft, es sei denn, daß ein wirtschaftlicher Zwang zu diesem nicht bestand. Man hat es wohlweislich unterlassen, Umsätze anzugeben, sonst wäre es vermutlich möglich, die tatsächliche Zahl bei Siemens zu durchschauen.

Sehr eigenartig muten noch dazu die Angaben der Erfolgssenkung über die „sozialen Leistungen“ an.

Ganz abgesehen davon, daß man gewohnt ist, in einer Erfolgssenkung die Aufwendungen für Handlungskosten, Mieten, Löhne, Gehälter, Sozialversicherung, Steuern, Reklame usw., getrennt ausgewiesen zu finden, gibt es in den SS- und SH-Erfolgssenkungen überhaupt keinen Posten „Handlungskosten“. Statt dessen hat man anscheinend wie übrigens schon seit Jahren, die schöne Position „soziale Leistungen“ geschaffen, unter deren offensichtlich alles zu verstehen ist, was an Mieten, Steuern, Reklame, Heizung und Beleuchtung, Repräsentation, Verwaltung neben Löhnen und Gehältern verausgabt wurde.

Diese Position ist zu allem übrigen noch in gesetzliche und freiwillige Leistungen unterteilt. Die gesetzlichen Leistungen sind bei Siemens-Halske von 5,7 Mill. RM. 1929 auf 5,4 Mill. 1930 und 4,9 Mill. RM. 1931 gefallen. Dafür sind die sogen. freiwilligen in den gleichen Jahren von 3,4 auf 4,1 und 4,2 Mill. RM. gestiegen! Noch krasser ist das Bild bei Siemens-Schuckert. Hier fielen die „gesetzlichen“ Leistungen von 8,9 auf 8,8 und betragen jetzt nur noch 7,8 Mill. RM., die freiwilligen wuchsen von 7,0 auf 8,1 und ... 9,5 Mill. RM. an! Man will also augenscheinlich mit diesem Bluff den Eindruck besonders sozialer Gesinnung und Handlungsweise erwecken, offenbar will man sich für zukünftige Lohn- und Tarifverhandlungen ein Alibi schaffen. Um kräftig weiter abblasen zu können. —cl

Bluff!

Keine Bierpreissenkung — Steuergeschenke an die Brauereien

Wie wir vor einigen Tagen bereits mitgeteilt haben, weigern sich die Gastwirte, die vom Preis-Kommissar verordnete Bierpreissenkung um 4 Mark je Hektoliter durchzuführen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß einzelne Gebiete, und zwar Baden, Hessen, Rheinpfalz und Württemberg von Herrn Goerdeler als

Notstandsgebiete

erklärt worden sind, für die wegen des Konkurrenzdrucks von Wein und Most die oben erwähnte Regelung überhaupt nicht in Betracht kommt.

Diese Schonung ist völlig unsinnig, denn in diesen Gebieten kann das Bier mit dem Most, der teilweise für 9 Pfennige pro Liter ausgeschrieben wird, doch nicht konkurrieren. Herr Goerdeler hat nur das eine Bestreben, den Brauereien ihre überhöhten Profite zu erhalten. Zu diesem Zweck hat er noch ein besonderes Entgegenkommen der Finanzämter bei der

Biersteuerstundung

veranlaßt. Sie verlangen bei der Stundung nicht mehr wie bisher hypothekarische Unterlagen, sondern nur Verpfändung von Bierbeständen. Dadurch wird es den Brauereien ermöglicht, noch mehr Stundungen als bisher zu erhalten. Schon jetzt sind nach den Angaben des Reichsfinanzministeriums etwa

100 Millionen Biersteuern rückständig

Die Brauereien selbst bezeichnen diese Summe als „eingefroren“ — so unschön — man heute alle Schulden, die nicht aufzutreiben sind — und erklären, eine andere Möglichkeit als die Niederschlagung dieser Steuern bestände nicht.

Das bedeutet praktisch, daß eine Bierpreissenkung u. a. mit Hinweis auf die hohen Biersteuern, die den Konsumenten auf den Preis voll aufgeschlagen werden, abgelehnt wird, die Steuerbeträge aber von den Brauereien nicht abgeführt werden. Also: Ein doppelter Betrug an den Konsumenten, hohe Preise, keine Steuereingänge in die Reichskasse und Sicherung der Extraprofite der Brauereien.

Das Ganze nennt Herr Goerdeler: Preisabbau.

Proleten in den Klauen der Klassenjustiz

Danzig, 1. Februar

Vor dem Danziger Schwurgericht wurde in dem Prozeß gegen 41 Arbeiterschutzbündler das Urteil gefällt, die gegen Ende des vergangenen Jahres in Kahlbude im Kreise Danziger Höhe mit Nationalsozialisten einen Zusammenstoß hatten, wobei ein jugendlicher Nationalsozialist das Leben einbüßte. 39 von ihnen wurden verurteilt, zwei freigesprochen. Zwei der Genossen erhielten drei Jahre vier Monate bzw. zwei Jahre drei Monate Gefängnis. Die Klassenjustiz zeigte in diesem Prozeß wieder einmal ihr wahres Gesicht. Die Nationalsozialisten, die die Arbeiter provozieren, wo und wie sie nur können, bleiben ungeschoren. Setzen aber Proleten dem ein „Bis hierher und nicht weiter“ entgegen, so wandern sie ins Gefängnis — damit die Welt der Ausbeutung bestehen bleibe.

Legale Handelsware

Oder: der harmlose Sprengstoff

Unter der Ueberschrift „unbegründete kommunistische Hetzmeldungen“ wettet die Telegraphen-Union gegen eine Mitteilung der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, wonach große Ladungen von Pulver und Sprengstoff, also für Kriegsmunition verwendbare Artikel, für China vom Hamburger Hafen abgingen. Nach der TU-Meldung heißt es dann wörtlich weiter:

„Wie die Polizeibehörde hierzu auf Anfrage bemerkt, ist von irgendwelchen Munitionslieferungen nicht das geringste bekannt. Falls Sprengstoff zur Verladung komme, bestעה zum polizeilichen Einschreiten kein Grund, da es sich hier um legale Handelsware handele.“

Auch die Rickmers-Linie erklärt, daß mit ihren Schiffen lediglich Sprengstofflieferungen vorgenommen werden, die für ostasiatische Bergwerke bestimmt seien. In den letzten acht Wochen seien jedoch keine derartigen Lieferungen erfolgt.“

Also können wir beruhigt schlafen. Erstens ist überhaupt kein Sprengstoff geliefert worden, zweitens ist der gelieferte Sprengstoff für Bergwerke bestimmt, und drittens, ist er „legale Handelsware“. Wenn daran Chinesen etwa sterben sollten, so waschen die Hamburger Polizei und die Rickmers-Linie die Hände in Unschuld. Es ist alles mit rechten Dingen zugegangen!

Und die General-Pensionen

Das Arbeitsgericht Berlin fällt gestern eine grundsätzliche Entscheidung auf Grund der Notverordnung über die Herabsetzung übermäßig hoher Bezüge für Dienstleistungen. Es handelte sich um den Fall eines Chemikers, mit dem eine chemische Firma in Berlin bei seinem Ausscheiden Ende 1931 eine zweijährige Karenzzeit unter Zusage der bisherigen Bezüge in Höhe von etwa 26 000 M. jährlich ausgemacht hatte. Auf Grund der Notverordnung hatte dann die Firma diese Bezüge gekürzt, wogegen der Chemiker Einspruch beim Arbeitsgericht erhob. Das Gericht entschied jedoch, daß auch die Karenz- und Pensionsbezüge einer angemessenen Senkung unterliegen.

Was im Privatdienstverhältnis als recht anerkannt wird, müßte darum auch für den Fall billig sein, daß der Arbeitgeber der Staat war. Von einer Kürzung der Generalpensionen haben wir aber bisher noch nichts vernommen. Hier sucht man noch immer nach Rechtswegen, ohne daß die Aussicht, zum Ziele zu gelangen, sich gebessert hätte. Ob übrigens das Urteil des Arbeitsgerichtes auch so ausgefallen wäre, wenn es sich um einen der abgefundenen Fürsten gehandelt hätte? Dieser Fall ist natürlich nur rein hypothetisch, denn einmal ist für ehemalige Fürsten das Arbeitsgericht nicht zuständig, und zum anderen brachte auch ihre katastrophale Finanzentwicklung die Republik noch nicht auf den Gedanken, auch einmal ihre Ersparnismaßnahmen bis zu denen zu tragen, die früher in Deutschland Kronen trugen.



Schläft der „Vorwärts“?

Es gibt schon noch Humor in unserer schweren Zeit. Da findet sich im „Vorwärts“ folgende weiterliche Notiz:

„Schläft der Rundfunk“?

„Ganz Berlin stand gestern unter dem Eindruck des ersten großen gemeinsamen Aufmarsches der Eisernen Front im Sportpalast. Die große Berliner Presse ist voll von Berichten und Bildern über die einzigartige Kundgebung, nur der Berliner Rundfunk hat gar nichts bemerkt. Nicht ein Satz wurde gestern abend über den Aufmarsch bei der Uebermittlung der Tagesnachrichten angesagt. Ist der Berliner Rundfunk nur zur Verbreitung von Nachrichten über Stahlhelmaufmärsche und Nazitagungen da? Herr Fleisch, sehen Sie einmal nach dem Rechten!“

Huhuhuhuh! Die bösen Buben haben gar nicht hingeuckt, und Höltermann war doch soooo stolz!

Nein, lieber „Vorwärts“, der Rundfunk schläft nicht. Zum mindesten nicht so fest wie Friedrich Stampfer. Der Rundfunk hat alle Augen auf und lüchelt, woher der Wind wehen wird in Deutschland, zur Zeit der Baumblüte. Die „Eiserne Front“ ist ein harter Mann, kernfest und auf die Dauer, aber sie wird doch die Gelbsucht kriegen, die von München kommt. So schnuppert der Rundfunk, er hat seinen meteorologischen Dienst nicht umsonst. Zwei Herren kann der deutsche Rundfunk nicht dienen, dazu hat er zuviel Rückgrat, sonst wäre es kein deutscher Rundfunk. Infolgedessen werden wir auch für die Zukunft Herrn Goebbels und Herrn Hitler und Herrn Seldte im Rundfunk hören — denn der Rundfunk schläft nicht.

Arbeiterhörer prüfen:

Mittwoch (Königswusterhausen): 5.30 Uhr „Die geschichtliche Bedeutung der natürlichen und politischen Grenzen.“ General a. D. Haushofer. — (Schlesien): 6.20 Uhr „Grenzland Oberschlesien, Siedlung und Arbeitsbeschaffung.“ — (Norddeutschland): 6.55 Uhr „Was spricht für die Arbeit-männlicher Jugend in der Landwirtschaft?“ — (Westdeutschland): 7.30 Uhr „Zur Reichsreform.“ Vortrag Wilhelm Sollmann (SPD). — (Bayern): 6.55 Uhr „Als Arbeiterin im Heeresbekleidungsamt.“ Anna Hoffmann.

Donnerstag (Königswusterhausen): 8.00 Uhr „Berufsberatung für Abiturienten“, Lehrspiel. — (Mitteldeutschland): 2.00 Uhr „Wie man in Amerika die Arbeitslosigkeit bekämpft.“ — (Süd- und Südwestdeutschland): 7.05 Uhr „Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftslage in Italien.“

Freitag (Königswusterhausen): 6.00 Uhr „Zerstörung der Weltwirtschaft.“ — (Alle Sender): 8.00 Uhr „Worüber man in Amerika spricht.“ Uebertragung aus Washington. — (Bayern): 6.55 Uhr „Deutsche Kulturwerbung — ein Gebot der Stunde.“ Major a. D. R. Fehn. — (Wien): 6.50 Uhr „Arbeiter-Eis-sport.“

Sonntag (Königswusterhausen): 6.30 Uhr „Die Entstehung des modernen Kapitalismus.“ Prof. Dr. Haschagen. — (Süd- und Südwest-sender): 6.40 Uhr „Die 40-Stunden-Woche.“

Deutschland 18 Uhr geschlossen

Nach einem wenig bekannt gewordenen Erlass vom 15. Januar werden die Zufahrtslandstraßen nach Deutschland an der Grenze nachts über geschlossen. Zuspätkommende haben sich vor den Toren bis zum Morgen zu gedulden. Ein gestrenges, auf Disziplin haltendes Vaterland!

Man macht sich Gedanken über den Grund zu dieser Maßnahme.

Weil Deutschland etwa ein Beamtenstaat ist? Wir kennen alle an den Schaltern während der Frühstückspause das drohende Schild: „Vorübergehend geschlossen!“

Weil Deutschland ein Nachwächterstaat ist? Immerhin: ein Nachwächterstaat, der seine Nachwächter aufgibt, gibt sich selbst auf!

Weil Deutschland eine bankrotte Filiale des bankrotten Weltkapitals ist? Und weil diese Filiale ihre — die letzte — Inventur machen muß?

Weil Deutschland ein geräumiges Gefängnis ist? Und weil es seine Insassen langsam darauf vorbereiten will, daß Besuche von draußen zukünftig nur noch am ersten Sonntag im Monat statthaft sind?

Weil Deutschland ein Polizeistaat ist? Und weil die Grenzbeamten, des Nachts als Polizisten verwendet, in den Arbeiterquartieren der Großstädte für einen ruhigen Schlaf der sechs Millionen Arbeitslosen sorgen müssen?

Weil Deutschland auf dem Standpunkt angekommen ist: Jedem Zivilisten sein eigener Polizist?

Ist das ein Weg zur Autarkie?

Soll zur Hebung des Fremdenverkehrs in Deutschland eine neue Parole lanciert werden: „Der Nachwächterstaat ohne Nachwächter“?

Doch die Lage des heutigen Staates ist hoffnungslos. Diese Parole würde den alten Zustand wieder einführen. Deutschland ohne Gummiknöpfe - Nachwächter würde den Fremdenzustrom so verstärken, daß ein neuer Erlaß nötig würde: Nachwächter, an die Tore zurück, zum Eintrittskartenzwischen.

Ich schlage eine Rundfrage an die Schriftsteller vor: wie sie sich den Nekrolog auf die deutsche Republik gedacht haben. -stein.

Zarismus — Sowjetunion

Interessante Parallelen

Moskau, 2. Februar.

In der 17. Konferenz der Kommunistischen Partei erstattete Ordsonikidsse Bericht über die Ergebnisse auf dem Gebiete der Industrie im Jahre 1931 und über die industriellen Aufgaben im Jahre 1932. Die Industrieproduktion, so führte der Redner aus, betrug im Jahre 1931 17 Milliarden Rubel und überstieg somit die Produktion von 1930 um 21 Prozent. Einzelne Industriezweige hatten eine ganz außerordentliche Produktionszunahme aufzuweisen, so z. B. die Automobil- und Traktorenindustrie 221 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Nach Aufzählung der Industriezweige, die ihre Fünfjahrpläne in 2½ und 3 Jahren erfüllt haben, ging Ordsonikidsse auf die erheblichen Fortschritte des Stalingrader Traktorenwerkes ein, dem ein Teil der Auslandspresse ein Fiasko prophezeit habe. Sodann wandte sich Ordsonikidsse den Fragen der Erzeugung von Verbrauchsgütern zu und erklärte, daß in der Sowjetunion eine weit größere Menge dieser Artikel produziert wird als im Rußland der Vorkriegszeit. So sind im Jahre 1931 in Rußland 27 Millionen Gummischuhe fertiggestellt, im Jahre 1931 dagegen 51 Millionen Paar.

Die Schuhproduktion hat 1914 8½ Millionen Paar, im Jahre 1931 77 Millionen Paar betragen.

Waschseife im Jahre 1913 94 000 Tonnen, 1931 181 000 Tonnen. Dennoch macht sich ein Mangel an Verbrauchsartikeln bemerkbar, da vor der Revolution nur eine kleine Spitzenschicht der Bevölkerung Schuhe getragen und sich mit Seife gewaschen habe. Es ist unsere Aufgabe, sagte Ordsonikidsse, diese erhöhten und immer weiter wachsenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Von den Aufgaben der Industrie im Jahre 1932, die einen Produktionszuwachs von 36 Prozent ergeben sollen, behandelte Ordsonikidsse ausführlich die Fragen der Ausführung des Programms für die Eisenmetallindustrie, die Kohlenindustrie und des Maschinenbaus. Er zählte die Betriebe auf, die im laufenden Jahre ihre Tätigkeit aufnehmen sollen. Hierzu gehören 24 Hochöfen, 68 Martinöfen, 7 Elektroöfen, 28 Walzwerke und 89 neue Gruben. Am Schluß gab der Berichterstatter der Überzeugung Ausdruck, daß der Plan im Jahre 1932 erfüllt wird, und daß dies mehr als nur die Ausführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren bedeuten würde.

Gegen die preußische Schlachtsteuer

Berlin, 1. Februar

Die Hauptversammlung des preußischen Landvolkes hat am 31. Januar über die Schlachtsteuer eine Resolution gefaßt. Die Deutschen fordern die Abschaffung dieser Steuer. Die preußische Regierung hat sich bisher nicht geäußert.

800 Borsig-Sparer protestieren

Berlin, 2. Februar

Einem bisweilen ungemein stürmischen Verlauf nahm die zum 1. Februar einberufene Versammlung der Borsig-Sparer in Tegel. 800 Sparer waren erschienen. Alle in der Hoffnung, daß ihnen von dem Treuhändler allen bisherigen Meldungen zum Trotz, beruhigende Zusagungen über das Schicksal ihrer Ersparnisse gemacht würden. Um so größer war die ihnen bereitete Enttäuschung. Der Treuhändler konnte nur bestätigen, daß die Hypothek, die zur Sicherung der Spargelder im Betrage von rund 3 Millionen Mark auf die Fabrikgrundstücke eingetragen ist,

keinen praktischen Wert

hat, da vor ihr drei andere Hypotheken rangieren. Diese Mitteilung wurde von den Anwesenden mit einem Sturm der Empörung entgegengenommen, der sich noch steigerte, als in der Diskussion bekanntgegeben wurde, daß die Banken es sehr wohl verstanden haben, ihre eigenen Außenstände bei Borsig im Be-

trag von 10,8 Millionen RM. fast restlos und solid zu sichern.

Auch sonst wurde verschiedenes mitgeteilt, was die Verwaltungspraxis der Borsig-Sparkasse einem aufgelegten Betrug sehr nahebrückt. Zum ersten Mal erfuhr man, daß die Sparkasse seit dem Juli des vorigen Jahres die Auszahlung gesperrt hielt und pro Konto im Bedarfsfall nur 50 RM auszahlte, während andere Gläubiger bis zum Augenblick des Zusammenbruchs nach wie vor befriedigt wurden. Ist schon diese unterschiedliche Behandlung der Gläubiger empörend, da sie in der Praxis auf eine Beschlagnahmung der Werksparerguthaben hinauslief, so erhielt diese Benachteiligung der kleinen Gläubiger geradezu den Charakter eines Systems dadurch, daß die Borsig-Sparkasse ihre Werbeaktion in keinem Augenblick einstellte, sondern diese eher noch steigerte.

Die Diskussionsredner versäumten nicht, diese Methoden mit den schärfsten Ausdrücken zu brandmarken. Einmütig wurde gefordert, daß die Einlagen der Werksparkasse

bevorzugt behandelt werden und daß zu diesem Zwecke die Bankgläubiger auf einen Teil ihrer Sicherheiten verzichten. Das ist natürlich nur ein frommer Wunsch, von dem schon heute feststeht, daß er keine Erfüllung finden wird und da es sich um „kleine Leute“ handelt, wird natürlich auch nicht mit dem Fall zu rechnen sein, daß — wie etwa beim Zusammenbruch der Danatbank — die Reichsregierung eine Gesamtgarantie für die Verpflichtungen der Borsigsparkasse übernimmt. Die „Kleinen“ sind eben immer die Belogenen und Betrogenen. Sie werden froh sein, wenn sie wenigstens noch einen bescheidenen Teil ihrer mühsam ersparten Groschen retten, während die Brüder Borsig solche Sorgen für ihr gesamtes Bankguthaben nicht kennen. So bleibt einstweilen nur die eine Lehre: weg von den Werksparkassen. Keinen Pfennig in diese Kassen! Darüber hinaus aber muß gefordert werden, daß die Borsigs mit ihrem Privatvermögen für die Sparkassen-Einlagen einzustehen haben und daß diese sofort zu beschlagnahmen sind.

Die Legende vom Preisabbau

Berlin, 2. Februar

Goerdeler ist jetzt endgültig überführt. Die Berechnungen, die das Reichsstatistische Amt über die Preisentwicklung im Januar angestellt hat, lassen seine mit viel Ruhmredigkeit verkündeten Erfolge nunmehr richtig bewerten. Das Ergebnis ist so katastrophal, wie wir es von vornherein vorausgesagt haben. Insgesamt sind die Lebenshaltungskosten im Januar gegenüber dem Monat Dezember um ganze 4½ Prozent gesunken. An diesem Rückgang sind zwar alle Bedarfsgruppen, aber in sehr unterschiedlicher Höhe beteiligt. Am höchsten ist der — statistische — Rückgang bei der Wohnungsmiete. Er beträgt 7,7 Proz., Heizung und Beleuchtung sanken um 5,6, Bekleidung um 4, und sonstiger Bedarf um 5,2 Prozent. Erheblich unter dem Durchschnitt ist der Preisrückgang bei den Nahrungsmitteln. Er beträgt nur 3,2 Prozent. Da aber diese Gruppe heute die Meistausgaben ausmacht, so heißt das, daß praktisch der Preisrückgang unter dem Prozentsatz von 4,5 liegt, und die Errechnungen des Statistischen Reichsamtes die Wirklichkeit noch in einem viel zu günstigen Licht erscheinen lassen. Doch selbst wenn man sich mit diesen Berechnungen ab-

finden wollte, bleibt die Tatsache bestehen, daß der Preisrückgang auch nicht bei weitem dem durch die Notverordnung diktierten Lohnabbau entspricht. Der Unterschied ist so groß, daß sogar der „Vorwärts“ sich bemüht sieht, an das seinerzeit von Brüning dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Wels schriftlich gegebene Versprechen zu erinnern, wonach eine wesentliche Veränderung in den Beziehungen zwischen Preisen und Löhnen eine neue Lage schaffen würde. Aber setzt darum der „Vorwärts“ die „Eiserne Front“ in Bewegung, oder erklärt er auch nur, daß damit auch die Voraussetzungen wegfallen, unter denen die Sozialdemokratie sich mit der letzten Notverordnung abgefunden hat? Nichts von alledem! Er bescheidet sich lediglich auf die Bemerkung, daß die Veröffentlichung des Reichsstatistischen Amtes die Reichsregierung „zu ernsthafter Prüfung der Frage veranlassen sollte, ob diese neue Lage nicht gegeben ist. Bescheidener zu sein ist wohl nicht möglich. Wir selber sind etwas unbescheidener und erlauben uns darum die Frage, ob die Sozialdemokratie angesichts der neuen Lage nicht endlich einmal ihre ganze Politik zu überprüfen gewillt ist.

Abgebrannte Fabriken

Eckernförde, 2. Februar.

Heute nacht ist das Torwerk Westermoor bei Owschlag, eine G. m. b. H., an der der Kreis Eckernförde führend beteiligt ist, von einem Großfeuer betroffen worden. Die Brikettfabrik des Unternehmens, die einzige der Provinz, wurde vernichtet. Der Schaden ist sehr groß. Die Fabrik muß zunächst stillgelegt werden. Die Entstehung des Brandes ist bisher nicht ermittelt.

*

Kattowitz, 2. Februar.

In Bielitz-Biala entstand am Montagabend in einer Tuchfabrik ein Brand, der das ganze Fabrikgebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Durch Funkenflug geriet eine zweite Textilfabrik in Brand. Auch sie wurde zum größten Teil zerstört. Außer den Maschinenanlagen sind auch große Warenvorräte verbrannt.

Sturmflutschäden bei Danzig

Danzig, 2. Februar.

Montagabend stieg infolge des starken Sturmes die tote Weichsel so hoch, daß sie bei Schellmühl in breiter Front die Ufer überschwemmte. Das Wasser stand stellenweise vor den Häusern einen halben Meter hoch. Noch größere Überschwemmungen rief der Nordweststurm bei Heubude hervor. Das Wasser stieg über die Dammhöhe und stand bis 30 cm über die Fußböden der Wohnungen. Kurz vor Mitternacht setzte der Sturm mit erneuter Heftigkeit ein, so daß das Wasser weiter stark über die Ufer drang. Erst Dienstag früh trat die Weichsel etwas zurück, so daß die Fluten aus den Häusern zurückzogen. Der Schaden der fast durchweg in dürftigen Verhältnissen lebenden Einwohner ist beträchtlich. Das Weichselufer ist von Danzig bis zum Weichseldurchbruch bei Neufähr erheblich unterspült. Auch am Strand hat der Sturm riesige Verwüstungen angerichtet. Die Badeanstalt von Weichselmünde wurde fortgerissen. Der ganze Strand bis zum Weichseldurchbruch ist mit Brettern und Holzstücken besät. An vielen Stellen wurden die Vordünen unter- und sogar abgespült. Auch die Promenade ist stellenweise beschädigt.

Schneesturm über Lettland

Riga, 2. Februar

Lettland wird von einem schweren Schneesturm heimgesucht. Infolge der Schneeverwehungen ist der Verkehr stark behindert. Die Fernsprech- und Telegraphenlinien sind teilweise zerstört. Auch großer Sachschaden wurde angerichtet.

Leichenfund in einem Moorgraben

Emden, 2. Februar.

Am Dienstag mittag wurde in einem Moorgraben in der Nähe der oldenburgisch-ostfriesischen Grenze bei Elisabethfehn die Leiche der seit dem 5. Dezember v. J. vermißten Frau Kohlstede aus Elisabethfehn gefunden. Nach dem Verschwinden der Frau richtete sich der Verdacht, seine Ehefrau umgebracht zu haben, gegen den Stellmacher Kohlstede, der ebenso wie ein Mieter seines Hauses in das Untersuchungsgefängnis nach Oldenburg gebracht wurde. Seit der Festnahme des Kohlstede wurden täglich Durchsuchungen der Umgebung vorgenommen, die jetzt zu der Auffindung der Leiche der Frau führten. Die Frau lag in dem Graben in fast unbekleidetem Zustand mit dem Gesicht nach dem Boden.

Der neueste Reichsbankausweis

TU. Berlin, 2. Februar.

Die Belastung der Reichsbank zum Ultimo war mit 306 Millionen Steigerung der gesamten Kapitalanlage verhältnismäßig gering. Der Notenumlauf stieg nur um 209 Millionen. Der Gold- und Devisenschwund geht aber weiter. An Gold verlor die Reichsbank 8,5 und an deckungsfähigen Devisen 6,2 Millionen. Das Deckungsverhältnis ist infolgedessen von 26,4 auf 24,8 v.H. zurückgegangen.

Baugewerksbund fordert Notstandsaktion

Arbeit! Dreimal schreit der „Vorwärts“ diese Forderung als Unterschrift eines vom Baugewerksbund an den Reichskanzler Brüning gerichteten Briefes aus, in dem unumgänglich die Inangriffnahme einer großzügigen Notstandsaktion gefordert wird. Die Lage, vor die sich der Baugewerksbund gestellt sieht, macht allerdings eine unverzügliche Aktion notwendig. Im Durchschnitt des Jahres 1931 hatten 68 Prozent seiner Mitglieder nicht einen einzigen Tag Arbeit. Inzwischen hat sich deren Lage noch grauenhaft zugespitzt. In der zweiten Februar-Woche waren nicht weniger als 87 Prozent arbeitslos. Dem Baugewerksbund ist auch durchaus beizupflichten, wenn er feststellt, daß die kurze Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslosen nur an der Grenze des Hungers hält. Aber meint der Baugewerksbund im Ernst, daß Beweise an Brüning auch nur zu der leinsten Hoffnung berechtigen, es werde anders? Trägt nicht gerade Brüning die Verantwortung für die Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung, die die Arbeitslosen an der Grenze des Hungers hält, hat nicht Brüning sich zu einem Anwalt des Unternehmertums aufgeworfen und ist nicht er der Matador des Lohnabbaus? Und geht nicht auch diese systematische Volksausplünderung auf die Tatsache zurück, daß der Wohnungsbau zum vollständigen Erliegen gekommen ist, weil die Volksmassen gezwungen werden, in die finstersten Löcher zu flüchten und sich helle und luftige Wohnungen einfach nicht leisten können? Und dieser selbe Brüning soll helfen? Er wäre in dem Augenblick erledigt, wo er auch nur den Versuch dazu unternehmen wollte. Nun, solche Briefe sind, an diese Adresse gerichtet, ebenso wertlos, als wenn sie nicht geschrieben waren. Die Mitglieder des Baugewerksbundes werden jedenfalls mit solchen Korrespondenzen nicht Genüge nehmen. Sie fordern, daß nicht nur geschrieben, sondern — gehämmert wird. Auch und gerade gegen Brüning.

1128 Konkurse im Januar

Berlin, 1. Februar.

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Januar dieses Jahres durch den „Reichsanzeiger“ 1128 neue Konkurse — ohne die wegen Massemangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 751 eröffnete Verzeichnisverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 1175 bzw. 864.

Strafanträge im Devisenschieberprozeß

Hohe Geld- und Freiheitsstrafen

In dem Devisenschieberprozeß beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaftsrat Jacoby II, gegen den Berliner Vertreter des Londoner Bankhauses Singer & Friedländer, Dr. Gutierrez, ein Jahr Gefängnis und 150 000 Mark Geldstrafe, gegen den Bankkommissär Adalbert Parlagi ein Jahr Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, gegen den Berliner Bankier Kurt Oppenheimer neun Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 40 000 Mark.

Der Vertreter des Londoner Bankhauses Singer & Friedländer behauptete, die Firma habe keine Schädigung der deutschen Währung beabsichtigt und keine Devisen verschoben. Rechtsanwalt Wygodzinski für den Angeklagten Parlagi und Dr. Alsbach für den Bankier Oppenheimer beantragten die Freisprechung ihrer Mandanten, deren Gutgläubigkeit sie nachzuweisen versuchten.

Französische Grubenarbeiter streiken

Paris, 1. Februar.

Die den kommunistischen Gewerkschaften angeschlossenen Bergarbeiter von fünf Gruben in Lens haben wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Im Gegensatz dazu hatten die Delegierten der nordfranzösischen Bergarbeiterverbände gestern beschlossen, erst am 7. Februar darüber abzustimmen, ob man in den Streik treten soll.

1500 Werftarbeiter entlassen

Infolge Stilllegung der Arbeiten an dem Dampfer „Champlain“ der in Schwierigkeiten geratenen Transatlantischen Reederei sind am Sonnabend auf der Werft in St. Nazaire 1500 Werftarbeiter entlassen worden.

Neue spanische Devisenverordnung

Madrid, 31. Januar

Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine neue Devisenverordnung. Danach dürfen künftig einheimische und ausländische Banken in Spanien untereinander Devisenankauf- und -verkaufsgeschäfte tätigen. Die autorisierten Banken können Devisenkauforders jedoch nur durchführen, soweit ausländische Devisen zur Bezahlung von eingeführten Waren notwendig sind.